Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus vom 1.—15. Aug 55000 M., durch die Post 55000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. i. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Leipzigerstraße 14. Fernruf 1045, 1047, 2251 Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 4500 M. für den Millimeter Höhe u Spalte, 20000 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 5000 Mk. | **Montag, den 6. August 1923** | **3. Jahrgang Nr. 181**

Gegen Revolver hilft kein Diskutieren!

Der „Stahlhelm" überfällt einen Arbeiter-Vergnügungs-Verein

Am Anti-Faszistentag hat sich der „Stahlhelm" den Behörden zur Aufrechterhaltung von „Ruhe" und „Ordnung" zur Verfügung gestellt und, kaum glaublich, sozialdemokratische Beamte haben es zugelassen, daß der „Stahlhelm", die Organisation, die eine Zeitlang als republikfeindlich verboten war, verschiedentlich mit der Ausübung der Polizeigewalt betraut und zur Unterstützung der Polizei verwendet worden ist. In Halle konnte er seine Tätigkeit gegen den „Klassenkampf" sogar unter polizeilichem Schutz entfalten.

Der „Stahlhelm" von Delitzsch und Umgebung hatte bei Kattersnaundorf Straßenkontrollen vorgenommen, und jeden Passanten angehalten. Wie diese polizeiliche Hilfstruppe des Herrn Hörsing aussieht, zeigt folgender Geheim-Befehl, der von der Bezirksleitung des „Stahlhelm" der Ortsgruppe Güntheritz übersandt wurde:

(Geheim!)

An alle Stahlhelm- und Wehrwolfkameraden!

Um etwaigen Ueberfällen und Plünderungen anläßlich des am Sonntag, dem 29. Juli 1923, stattfindenden Anti-Faszistentages vorzubeugen, und, wenn es sein muß, mit geschlossener Macht entgegen zu treten, sammelt sich die Ortsgruppe Güntheritz auf Befehl des Bezirksführers um 1 Uhr in Kattersnaundorf. Dort trifft sich der gesamte Teil des Westteils unsres Bezirks. Gegen Abend erfolgt voraussichtlich die Rückfahrt. Die Ortsgruppe trifft sich pünktlich 12 Uhr an der Buschkirche zwischen Schladitz und Lössen, die Abfahrt erfolgt pünktlich ½1 Uhr per Rad. Kameraden, die keine Räder haben, mögen sich deshalb für diesen Tag bei einem andern Kameraden am Ort ein Rad borgen. Wer einen Waffenschein besitzt, erscheint mit kleiner Waffe in der Tasche. Stöcke sind mitzubringen. Stahlhelme im Rucksack, Anzug feldgrau, sonst beliebig. Patrouillen zur Sicherung der hiesigen Gegend werden zurückgelassen und haben uns bei anziehender Gefahr von Leipzig her zu benachrichtigen. Das Erscheinen aller Kameraden ist Ehrensache. Frontheil!

Der Stahlhelm und Wehrwolf.

Was gedenkt der sozialdemokratische Landrat Raute zu unternehmen, um die Rüstungen der Faszisten zu verhindern? Wie ammen die Stahlhelmleute zu Waffenscheinen? Auch hierüber fordert die Arbeiterschaft Aufklärung. Sollte derselbe Landrat Raute, der einem Genossen der KPD. die Ausstellung eines Waffenscheins ablehnte, den Faszisten bei der Bewaffnung geholfen haben? Dann wäre es Zeit, daß auch Herr Raute von der Arbeiterschaft zum Teufel gejagt würde. Seine Worte in einer Eilenburger Versammlung über die Notwendigkeit proletarischer Hundertschaften wären dann eke Phrasen.

Den Schlag, den die reaktionären Verbände am Sonntag durch den Millionen-Aufmarsch der Arbeiter erlitten haben, versuchen sie jetzt durch blutigen Terror auszugleichen. Sie glauben, durch das Niederschlagen einzelner Arbeiter die werdende Kampffront der Arbeiterschaft, die durch den Anti-Faszistentag mächtig gestärkt worden ist, wieder unwirksam zu machen. Ueberall mehren sich in unserem Bezirk die Ueberfälle des „Stahlhelms" auf einzelne oder kleinere Gruppen von Arbeitern. So in Teutschenthal, in Löbejün. In Niesteedt hat Polizei Jungdo-Leute, die eine Gruppe von Jugendgenossen überfielen und auf sie schossen, verhaftet. Die „Hallesche Zeitung" lügt diesen Ueberfall in einen Ueberfall der Arbeiter um und schwindelt, daß die Schupo Arbeiter als die Schuldigen verhaftet hätte. Daß hier einmal Jungdo-Leute verhaftet worden sind, ist allerdings ein seltener Fall. In Oberröblingen ist diesen Banditen ihr Angriff auf Arbeiter schlecht bekommen, mit blutigen Köpfen sind sie fortgejagt worden.

Daß der „Stahlhelm" durch den polizeilichen Schutz am Sonntag ermuntert worden ist und glaubt, sich in Halle alles herausnehmen zu können, das zeigt der Ueberfall auf den Verein „Leonid", der gestern im „Thalia-Saal" ein Vergnügen abhielt. Als „Stahlhelm"-Leuten wegen ihres provozierenden Verhaltens der Eintritt in den Saal verweigert wurde, holten sie über 100 Mann Verstärkung, die über die Teilnehmer mit Gummiknüppeln und Dolchen herfielen. 5 Mann wurden durch Dolchstiche und Schläge schwer verletzt. Die hinzukommende Schupo verhaftete nicht etwa die angreifenden Rowdys, sondern die im Saale überfallenen Vereinsmitglieder. Schuld an diesem Ueberfall ist die hallische Polizeiverwaltung, die durch den Schutz der Faszisten und Knebelung der Arbeiterschaft diese Banditen erst zu solchen Vorgehen ermuntert und dann noch schützt.

„Wer den Sowjestern trützt, der wird abgeschlachtet," riefen „Stahlhelmer" in Berlin beim Ueberfall auf einen Arbeiter. Wie in Halle, wie in unserem Bezirk, so gehen „Stahlhelm", „Wehrwolf", „Jungdo" im ganzen Reiche zu Angriffen auf einzelne Arbeiter und Arbeitergruppen über. Dadurch zeigen sie ihre Schwäche. Doch die Arbeiterschaft darf nicht untätig bleiben. Das Beispiel der Arbeiterschaft in Groß-Deuben zeigt den Weg. Wir haben genug mit ihnen diskutiert. **Gegen Revolver, Dolche, Totschläger hilft kein Diskutieren. Da heißt es Auge um Auge, Zahn um Zahn, Blut um Blut.** Für jeden verprügelten oder verletzten Arbeiter werden die Arbeiter Rache nehmen. **Der „Stahlhelm" ist eine kontrerevolutionäre Organisation, ist ein Feind der Arbeiterklasse. Wer ihm angehört, stellt sich auf die Seite der Kontrerevolution und muß alle Folgen selbst tragen.**

Arbeiterblut ist in Halle und Niesteedt geflossen, vergossen vom „Stahlhelm" und „Jungdo"-Leuten, die schwer bewaffnet sind. Die Arbeiterschaft muß aus der Organisationsform des „Stahlhelms" die Lehren ziehen. Sie darf sich nicht in Militärspielereien verlieren und darüber die politischen Aufgaben vergessen, aber sie muß sich ihre Abwehrformationen schaffen. Die gestern überfallenen Arbeiter sind keine Kommunisten, sind Mitglieder eines Arbeiter-Vergnügungs-Vereins. Daraus zeigt sich, daß die Arbeiter ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit sich in Betriebsformationen zusammenschließen müssen.

Die Polizei hat sich als unfähig erwiesen, die Arbeiterschaft zu schützen. Hätten die Arbeiter in der Anti-Faszistenwoche nicht das Gebäude der Produktiv-Genossenschaft geschützt, die mitteldeutsche Arbeiterschaft hätte heute keinen „Klassenkampf". Die Arbeiterschaft muß sich selbst schützen. Damit steht die Frage der Bewaffnung der Arbeiterschaft im Vordergrund. Die Cuno-Regierung und eine bürgerlich-sozialdemokratische Regierung wird niemals die Arbeiterschaft bewaffnen. Nur durch den Kampf der gesamten Arbeiterschaft werden die faszistischen Organisationen zerschlagen werden. Nur eine Arbeiter- und Bauern-Regierung wird die Arbeiterschaft bewaffnen. Der Kampf gegen den „Stahlhelm" muß also militärisch und politisch geführt werden. **Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust, wo er gegen Arbeiter vorgeht, rücksichtslos niederschlagen, wo er Arbeiter angreift, und Kampf gegen die Cuno-Regierung, die diese Gesellschaft großzieht und beschützt.**

•

Proletarische Selbsthilfe gegen Jungdo

(Eigene Drahtmeldung)

Leipzig, 5. August.

Die Umgebung Leipzigs ist, obwohl dort sozialdemokratische Amtshauptleute herrschen, faszistisch verseucht. In Groß-Deuben fand eine Zusammenkunft des Jungdeutschen Ordens statt. Sie wurde von einer proletarischen Hundertschaft überrascht und entwaffnet. Revolver, Schlagringe usw. wurden beschlagnahmt. Die Selbsthilfe der Arbeiter hat große Begeisterung in Leipzig und Umgegend geweckt.

Streik der Berliner Metall-Angestellten

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 6. August.

Die Berliner Metall-Angestellten haben beschlossen, am Dienstag in den Streik zu treten. Schwerkriegsbeschädigte mit 50 Prozent und darüber dürfen in den Betrieben verbleiben. Für Lehrlinge besteht, da sie im Vertragsverhältnis stehen, auch die Streikpflicht. Die Unternehmer versuchen durch Zahlung von Vorschüssen den Streik zu spalten. Die Streikleitung hat Maßnahmen getroffen, die solche Methoden unwirksam machen.

Die Arbeitskämpfe in Sachsen

(Eigene Drahtmeldung)

Chemnitz, 4. August.

In Chemnitz demonstrierten 25 000 Metallarbeiter vor dem Gebäude, in dem die Lohnverhandlungen stattfanden. Nachmittags wurde ein Schiedsspruch gefällt, der 55 814 Mark Stundenlohn vorsieht.

Der Bergarbeiterkampf im Zwickauer und Oelsnitz-Leipauer Revier geht ungeschwächt weiter. Die Vollversammlung der streikenden Betriebsräte und Funktionäre, die heute in Hohenstein-Ernstthal zusammentrat, stellte heute folgende Forderungen auf: Eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe für Ledige von 4 Millionen, für Verheiratete ohne Kinder 4½ Millionen, für Verheiratete mit Kindern 5 Millionen. Die übrigen Bergarbeiterreviere wurden ersucht, sich der Forderung anzuschließen. Ferner beschloß die Konferenz, den Kampf weiter zu führen und nur gemeinsam zu beenden. Es wurde eine paritätisch zusammengesetzte Zentral-Streikleitung aller Reviere und aller Organisationen gebildet. Die Lohnerhöhung, die am 2. August angeboten wurde, wurde als ungenügend abgelehnt. Die Stimmung unter den Streikenden ist glänzend.

Schupo überfällt Arbeitersportler

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 6. August.

Auf dem Wege zum Stadion wurden ruhig ihres Weges marschierende Arbeitersportler von einem Massenaufgebot der Schupo mit aufgepflanzten Seitengewehren und entsicherten Revolvern angefallen. Durch das Beispiel eiserner Disziplin der Sportgenossen wurde das beabsichtigte Abschlachten der Arbeiter verhindert. Richter, der sozialdemokratische Polizeipräsident, erweist sich hier wiederum als „Aufklärer" seiner Parteigenossen. Denn unter den Sportlern befanden sich auch sehr viele sozialdemokratische Arbeiter.

Internationale Solidarität

(Eigene Drahtmeldung)

Düsseldorf, 3. August.

Dem Düsseldorfer Parteibureau sandte ein Genosse aus der französischen Besatzungsarmee 420 000 Mark für die „Rote Hilfe".

1 Dollar in Amerika 1111100 Mark

Große Koalition und Entente

Von Ernst Meyer

Der deutsche Spießer glaubt noch immer trotz aller Fußtritte, die Deutschland von allen Ländern der Entente versetzt werden, daß wenigstens die Bildung der deutschen Reichsregierung das Werk der politischen Parteien Deutschlands sei. Die deutschen Regierungen haben sich seit dem Waffenstillstand 1918 die stärksten Eingriffe in die innerdeutschen Verhältnisse durch die Entente gefallen lassen. Es sei nur erinnert an die Tatsache, daß das Kabinett Wirth auf Geheiß der Entente bestimmte Steuern dem Reichstage vorschlug, der seinerseits diese von der Entente nach Höhe und Form vorgeschriebenen Steuersätze zum Beschluß erhob. Es ist selbstverständlich, daß die politischen Parteien Deutschlands, die in der Regierung vertreten waren oder vertreten sind, sich nicht nur einzelne politische Maßnahmen von den Ententeländern vorschreiben lassen, sondern daß sie schon bei der Bildung des Reichskabinetts von vornherein auf die mutmaßlichen oder offen geäußerten Wünsche der einflußreichsten Ententestaaten Rücksicht nehmen. Je nachdem die herrschenden Kapitalistenkreise im Augenblick eine Verständigung in erster Linie mit Frankreich oder mit England suchen, bemühen sie sich auch, die Wünsche des betreffenden Staates über die Regierungsbildung in Deutschland kennenzulernen und auszuführen. Durch diese freiwillige Unterwerfung der deutschen Regierungsparteien ist insbesondere England seit langer Zeit in der Lage, den entscheidenden Einfluß bei der Zusammensetzung der deutschen Reichskabinette auszuüben. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß die deutschen Kabinette nicht von dem Reichspräsidenten und den bürgerlichen Parteien, sondern von der englischen Regierung bzw. der herrschenden Kapitalistenclique Englands berufen werden.

Unsere Behauptung ist nicht eine bloße Kombination auf Grund der tatsächlichen Machtverhältnisse zwischen Deutschland und den Ententestaaten. Wir können dafür auch Belege aus der ausländischen Presse anführen. Im bürgerlichen „Quotidin" (Paris) vom 6. Juli d. J., teilte der französische Sozialdemokrat Grumbach bei der Besprechung der Reise von Otto Wels und Dr. Breitscheid nach London wörtlich folgendes mit:

„Der englische Gesandte in Berlin, Lord Abernon, der so lange Zeit für ein bürgerliches Kabinett ohne Beteiligung der Sozialdemokraten eingetreten ist, scheint gegenwärtig diese Teilnahme als notwendig zu betrachten. Die Liberalen und ein Teil der englischen Konservativen scheinen der gleichen Meinung zu sein."

Zur Bestätigung dieser Behauptung verweist Grumbach auf verschiedene Aeußerungen der englischen Presse, worin es heißt, daß „der gesunde englische Menschenverstand es niemals verstehen wird, wie es möglich ist, daß eine so starke Partei wie die deutsche Sozialdemokratie sich in einem so kritischen Moment so vollständig bei der Leitung der politischen Angelegenheiten selbst ausschaltet." Diese Kommentare besagen also nichts anderes, **als daß die englische Geschäftswelt, die englischen bürgerlichen Parteien und die englische Regierung die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung wünschen,** um die erregten Massen Deutschlands zu beruhigen.

Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß die Angriffe der bürgerlichen Presse gegen das Kabinett Cuno und die Forderung auf Erweiterung des Reichskabinetts durch die Sozialdemokraten zeitlich mit der Rückkehr des englischen Gesandten Lord Abernon nach Berlin zusammenfallen. Wenn es also jetzt zum Sturz oder zur Umbildung des Kabinetts Cuno durch die Große Koalition kommen sollte, so ist das unmittelbar auf die Wünsche englischer Geschäfts- und Regierungskreise zurückzuführen. Auch die Sozialdemokratie, deren Führung nach einem Artikel Hermann Müllers im „Vorwärts" erneut ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Große Koalition von Stinnes bis Breitscheid erklären läßt, wird bei einem solchen Schritt nicht den Willen ihrer Mitgliedschaft oder gar der deutschen Arbeiterschaft, sondern den dieser englischen Kapitalistenkreise ausführen. Es wird nicht zur Bildung der Großen Koalition kommen, wenn diese Kapitalistenkreise aus irgend einem Grunde vorläufig noch an dem Kabinett Cuno festhalten und auf die geschätzte Mitarbeit der Sozialdemokraten zum Betrug der Massen verzichten sollten.

In der Tat scheint es so, als ob die herrschende Klasse Englands den augenblicklichen Zeitpunkt noch für verfrüht hält. Die englische Regierung trägt auf dem Rücken Deutschlands ihre imperialistischen Differenzen mit der französischen Regierung aus. Die französische Regierung, die bei der Erledigung der Ruhrfrage keineswegs dem englischen Druck ohne weiteres nachzugehen bereit ist, hat den englischen Wunsch auf Umbildung des Kabinetts Cuno sofort mit einem Gegenschlage pariert. Der „Temps", das Pariser Regierungsorgan, veröffentlichte in seiner Nummer vom 29. Juli einen auch in der deutschen Presse stark beachteten Artikel, in dem eine Intervention der Entente vorgeschlagen wird mit folgendem Programm:

„Die Gläubigerstaaten Deutschlands müßten in Berlin fühlen lassen, daß Deutschland in besserer Position sein würde, wenn seine gegenwärtige Regierung ersetzt würde durch ein Kabinett, in welchem alle der republikanischen Staatsverfassung treuen Parteien vertreten sein würden."

Frankreich schlägt also seinerseits den Sturz des Kabinetts Cuno und die Große Koalition mit Einschluß der Sozialdemokratie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230806-11/fragment/page=0001

vor. Mit derselben Unverschämtheit, mit der das französische Regierungsorgan fast Tag für Tag der deutschen Regierung Ratschläge zur Bekämpfung der deutschen Kommunisten erteilt, gibt es hier den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie Fingerzeige für die Zusammensetzung des Reichskabinetts. Es ist selbstverständlich, daß die antikommunistische Note der französischen Regierung auch den Ton dieses Artikels bestimmt. Der „Temps" verweist auf die Fortschritte der Kommunistischen Partei Deutschlands unter den Arbeitern und auf die Gefahren revolutionärer Bewegungen für die deutsche Kapitalistenklasse. Der „Temps" versucht also die Sozialdemokratie durch den Hinweis auf die Verminderung des sozialdemokratischen Einflusses und die Kapitalisten durch den Hinweis auf Beschneidung ihres Profites einzuschüchtern, um sie für den Gedanken der Großen Koalition zu gewinnen.

Offenbar auf diesen Artikel des „Temps" ist es zurückzuführen, daß die englische Regierung und die bürgerlichen Parteien Deutschlands vor der Bildung der Großen Koalition in diesem Moment noch zurückschrecken. Daher wurde auch in den letzten Tagen der Angriff auf Cuno in der bürgerlichen Presse wieder abgeblasen. Trotzdem beleuchtet die Abhängigkeit Deutschlands von der Entente nichts besser als die Tatsache, daß heute die Regierungsbildung in Deutschland zum Kampfobjekt der streitenden Großmächte innerhalb der Entente geworden ist. Auch darin unterscheidet sich Deutschland nicht von der alten Türkei, deren Minister jedesmal auf Verlangen der gerade einflußreichsten imperialistischen Großmacht berufen oder abberufen wurden.

Vielleicht wird es infolge der Differenzen zwischen England und Frankreich in der allernächsten Zeit noch nicht zur Bildung der Großen Koalition kommen. **Die Große Koalition wird aber spätestens in dem Augenblick Tatsache sein, in dem Frankreich und England sich auf Kosten Deutschlands über die Ruhrfrage verständigen werden.** Sobald Frankreich und England über die Verteilung der Ruhrbeute einig sein werden, haben sie beide ein Interesse daran, die Ausbeutung des Ruhr- und des gesamten deutschen Proletariats zu erleichtern durch die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung. Die Sozialdemokratie wird dabei die nötigen pazifistischen Phrasen für die Vorteile der Beendigung des Ruhrkrieges zu liefern haben, um die Arbeiterschaft über die Tatsache hinwegzutäuschen, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und England die ungehemmte Ausbeutung der Arbeiterschaft zur Folge haben wird.

Die Rebellion der Arbeitermassen einschließlich der VSPD.-Mitglieder gegen die Bildung der Großen Koalition bedeutet nicht nur innerpolitisch dem Wucher und der Ausnutzung durch die deutschen Kapitalisten ein Ende bereiten zu wollen; **die Verhinderung jeglicher Koalitionspolitik durch die Bildung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung würde auch die Position des deutschen Proletariats gegenüber dem raubgierigen Ententekapital wesentlich stärken.** Mit einer Arbeiter- und Bauern-Regierung und den hinter ihr stehenden Massen der werktätigen Bevölkerung könnten Frankreich und England nicht so verächtlich umspringen, wie mit dem Kabinett Cuno oder einer Koalitionsregierung, hinter denen nichts anderes gestanden hat und stehen wird als eine Clique nur auf ihren Profit bedachter Kapitalisten, die in jedem Augenblick zehnmal ihr Vaterland an das Ausland verraten.

Die Arbeiter befreien einen Genossen

(Eigene Drahtmeldung)

Wesel, 4. August.

In Wesel war Genosse Schmidt verhaftet worden. Da die Arbeiterschaft seine Verschleppung nach Münster befürchtete, umstellte sie das Gefängnis Wesel, richtete einen Radfahrerverbindungsdienst mit den Großbetrieben ein. Die Belegschaften hatten einstimmig beschlossen, eine Verschleppung nicht zu dulden. Sie schickten eine Delegation zum Staatsanwalt, die die Freilassung forderte und auch durchsetzte. Das ist ein großer Erfolg der Geschlossenheit und des systematischen Vorgehens.

Kein Geld für Lohnzahlungen

(Eigene Drahtmeldung)

München, 4. August.

Die Freitag fälligen Lohnauszahlungen unterblieben wegen des herrschenden Bargeldnotenmangels in den meisten Münchener Betrieben. Es herrschte weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus eine ungeheure Erregung. In der gestern stattgefundenen Versammlung der unabhängigen Partei, in der Theodor Liebknecht sprach, kam dieses scharf zum Ausdruck. Die Aufforderung unserer Genossen, sofort Betriebsversammlungen einzuberufen und in ihnen die Gewerkschaftsführer über ihre bisherige Tätigkeit zur Rechenschaft zu ziehen, fand stürmischen Beifall.

Kontrollausschüsse vor die Front!

Durch den neuerlichen gewaltigen Sturz der Mark und durch die unerhörte Preistreiberei gewissenloser Wucherer und Schieber wächst die Not und das Elend der arbeitenden Bevölkerung ins unermeßliche. Alle wichtigen Lebensmittel, wie Kartoffeln, Fett, Zucker usw. werden absichtlich von den Großhändlern und Agrariern zurückgehalten, um somit die Preise nach Belieben in die Höhe schrauben zu können. Durch die Lebensmittelknappheit und die furchtbare Teuerung mehren sich die Verzweiflungsakte der Arbeiterschaft, durch Plünderungen von Lebensmittelgeschäften auf Märkten usw. Die Behörden und Instanzen sind unfähig, wirksame Maßnahmen gegen diese ungeheure Not zu treffen. Die blutigen Vorgänge in Neumünster und in anderen Orten des Reiches zeigen, daß diese Herrschaften kein anderes Mittel haben, als blaue Bohnen für die hungernde Arbeiterschaft.

Das kann und darf nicht so weiter gehen.

Die Kontrollausschüsse in Stadt und Land müssen auf den Plan treten. Sie müssen die Verbraucher und Kleinhändler zu gemeinsamen Aktionen gegen die Wucherer und Schieber, gegen die Grossisten und Agrarier zusammenschließen. Denn nicht die Kleinhändler sind die Hauptschuldigen, gegen die sich zunächst die hungernden Volksmassen wenden müssen, sondern es sind eben die Agrarier und Grossisten, gegen die der gemeinsame Kampf aufgenommen werden muß.

Weil nun die Instanzen versagen, weil die Behörden kein anderes Mittel haben als gewalttätiges Vorgehen gegen die hungernden Massen, deshalb müssen die Selbsthilfeorgane des Proletariats in Aktion treten, deshalb müssen die Kontrollausschüsse auf den Plan treten und den gemeinsamen Kampf der Verbraucher und Kleinhändler organisieren. Es müssen sofort überall gemeinsame Versammlungen und Kundgebungen veranstaltet werden, um einen Druck auf Behörden und Regierung auszuüben. Wo noch keine Kontrollausschüsse bestehen, müssen diese sofort gebildet werden. Nur die Selbsthilfe des Proletariats kann diesem unsäglichen Leiden ein Ende machen.

Darum Kontrollausschüsse vor die Front, es ist allerhöchste Zeit.

Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte.

J. A.: Grothe.

Teilstreik in der „DAZ." In der „DAZ." rebellierten am Sonnabend die Maschinensetzer und streikten einige Stunden. Um die Zeitung herauszubringen, behalf sich die „DAZ." mit einer Anzahl abgestandener Leitartikel aus dem Satzvorrat.

Die Verfassungsfeier keine vaterländische Feier

(Eigene Drahtmeldung)

München, 6. August.

Die Sozialdemokratische Partei sowie sämtliche auf dem Boden der Republik stehenden Organisationen Münchens hatten beabsichtigt, am Vormittag des 12. August eine öffentliche Verfassungsfeier zu veranstalten und hatte sich zwecks Ueberlassung des Königsplatzes an das Ministerium des Innern gewandt. Dieses lehnte im Einverständnis mit dem Landtagspräsidenten die Abgabe des Platzes zu diesem Zwecke ab, da, wie der Minister Schweyer schon früher erklärte, der Platz nur zu vaterländischen Feiern benutzt werden dürfe. Die Verfassungsfeier der Republik ist also bei der bayrischen Regierung keine vaterländische Feier. Aus der Haltung der „Münchener Post" zu diesem Skandal geht nicht hervor, was die VSPD. nunmehr zu tun gedenkt.

Antrag auf Ausschluß des Berliner Polizeipräsidenten Richter aus der VSPD.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Rabold hat gegen den Berliner Polizeipräsidenten Richter den Antrag auf Ausschluß aus der Sozialdemokratischen Partei gestellt. In der Begründung wird ausgeführt, daß das Redeverbot gegen den französischen Gelehrten und Pazifisten Langevain gerade in diesem Augenblick dem Ansehen der Republik innen- und außenpolitisch den schwersten Schaden zufügen müsse. Das Redeverbot stelle den Gipfel jener Maßnahmen dar, die Richter in seiner Eigenschaft als Polizeipräsident seit Jahr und Tag zum Schaden der Partei und des republikanischen Ansehens betreibe. Das gegen Richter vorliegende Material sei der Partei seit langem bekannt, ebenso die Tatsache, daß die dringend notwendige Reform des Berliner Polizeiwesens unmöglich sei, solange Richter auf diesem Posten stehe.

*

Warum soll Richter fliegen, da Ebert und Noske noch immer Mitglieder der VSPD. sind. Der Parteivorstand ist für gleiches Recht für alle und wird darum Richter, wie Ebert und Noske als Zierden der Partei und als Zeichen dafür, was heute in der VSPD. alles möglich ist, behalten.

Heinze schützt Hitler

In der „Glocke" vom 6. August teilt Kutzner einen unerhörten Eingriff des Reichsjustizministers Heinze in die Rechtspflege zugunsten Hitlers mit. Als der Staatsgerichtshof im Frühling d. J. entschieden hatte, daß die Hitlerschen Stoßtrupps einen Verstoß gegen das Republikschutzgesetz bedeuteten, wollte der Ober-Reichsanwalt auf Grund dieser Entscheidung gegen Hitler einschreiten. Da fiel ihm der Reichsjustizminister in den Arm. Er verbot dem Ober-Reichsanwalt mündlich und, als dieser darauf aufmerksam machte, daß er als Staatsanwalt ein Verbrechen begehe, wenn er Hitler nicht verfolge, auch schriftlich, das Verfahren gegen Hitler zu eröffnen.

Heinze, der Mann der Ausnahmegerichte gegen die Arbeiter in Mitteldeutschland, schützt gegen das Recht Hitler. Das Kabinett aber, in dem der faszistische Justizminister sitzt, schützt die VSPD.

Nationale Frage und Revolution

Die Antwort an den Grafen Reventlow

Von Paul Frölich

Die Antwort an den Grafen Reventlow ist schwer. Zunächst deshalb, weil er in seinen Formulierungen über Gebühr unbestimmt und deutungsfähig ist. Was soll man z. B. damit anfangen, wenn er, nachdem er sich gegen die Internationalisierung des Kapitals ausgesprochen, sagt: „Ich bin bereit, aus diesem Standpunkt jede Konsequenz zu ziehen, von der ich überzeugt bin, daß sie dem Volke, der Nation hilft, zu leben und die Freiheit zu gewinnen." Wenn Graf Reventlow sagen würde, von der Zweckmäßigkeit welcher Mittel er überzeugt ist, dann könnte man Ja oder Nein dazu sagen. So muß man die Achseln zucken und abwarten.

Für seine Grundanschauungen, wie etwa über die Klassen und den Klassenkampf, äußert Graf Reventlow Meinungen und Wünsche. Er führt keine Tatsachen an, auf die sich diese Meinungen und Wünsche stützen. Wo soll man ansetzen, um ihn zu widerlegen, wenn man nicht ein Buch schreiben will? Deshalb muß ich es in diesem und einlichen anderen Punkten bewenden lassen mit den paar Worten in meinem Aufsatz in der Schlageter-Schrift. Wer über unsere Auffassungen gründlicher orientiert sein will, ist genötigt, sich unsere Literatur näher anzusehen.

Damit bleiben für heute nur einige Fragen zu klären. Ich werde eindeutig und klar sprechen.

Unsere „taktische" Wendung

Graf Reventlow sagt:

„Deshalb antworte ich auch auf die Frage Herrn Frölichs: ob meiner Ansicht nach der Kommunismus die nationalen Interessen Deutschlands gefährde: daß dies in der Tat bis jetzt der Fall ist. Auch war seine Stellungnahme — bis zu Radeks Schlageter-Rede — durchweg **ausgesprochen** vehement **antideutsch, antinational.** Der Kommunismus kann sich nicht wundern, wenn seine neuerliche Haltung zunächst starker Skepsis begegnet."

Der Satz beweist, daß Graf Reventlow weder aufmerksam gehört hat, was wir sagten, noch beobachtet, wie wir handelten. Es ist einfach nicht wahr, daß wir Kommunisten jemals „ausgesprochen vehement antideutsch, antinational" gewesen seien. Wir sind a priori weder prodeutsch, noch antideutsch, schon deshalb, weil man bis in die Zeiten der bürgerlichen Revolution zurückgehen muß, um eine echt „deutsche Frage" zu finden. Und damals wurden die Nationalisten — Arndt, Jahn, die Burschenschaft usw. — von den Regierungen als Hochverräter verfolgt. 1914 waren wir Gegner des Krieges und wir haben in dieser Gegnerschaft alle Anstrengungen und alle Verfolgungen getragen. Wir waren Kriegsgegner, nicht weil wir „antideutsch" gewesen wären, sondern weil der Krieg nur kapitalistischen Interessen diente, ein deutscher Sieg die Arbeiterklasse schlimmer noch gefesselt hätte, als vorher. Wir leugneten, daß es sich um nationale Interessen handelte, aber wir leugneten nicht die Notwendigkeit nationaler Verteidigung dort, wo sie auf der Tagesordnung steht. Hier nur ein Beweis. In der Junius-Broschüre*), dem wuchtigsten und schärfsten Pamphlet gegen den Weltkrieg, schrieb Rosa Luxemburg:

„Wenn es sich wirklich um die **Existenz der Nation,** um die Freiheit handelt, wenn diese nur mit dem Mordeisen verteidigt werden kann, wenn der Krieg eine heilige Volkssache ist — dann wird alles selbstverständlich und klar, dann muß alles in Kauf genommen werden. Wer den Zweck will, muß das Mittel wollen."

Aber Rosa Luxemburg zeigt zugleich die Voraussetzungen des nationalen Krieges:

„Das elementarste Erfordernis der nationalen Verteidigung ist, daß die Nation die Verteidigung in die eigene Hand nimmt. Der erste Schritt dazu ist: **die Miliz,** das heißt: nicht bloß sofortige Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen Bevölkerung, sondern vor allem auch die Entscheidung des Volkes über Krieg und Frieden, das heißt ferner: **die sofortige Beseitigung aller politischen Entrechtung,** da die größte politische Freiheit als Grundlage der Volksverteidigung notwendig ist."

Man ergänze, was die Periode der Revolution als Ergänzung fordert, und man hat hier unseren Standpunkt. Und wir haben ihn wahrgemacht. Vom ersten Tage an waren wir entschiedene Gegner wie des **Versler** so auch des Versailler Friedensvertrages, und wir haben stets gegen die volksfeindliche Haltung der deutschen Regierungen und ihrer Parteien die Aufklärung der Arbeiterklasse gerichtet und versucht, die Kraft der Arbeiterklasse einzusetzen. Von Anfang an haben wir den französischen Einfall ins Ruhrgebiet bekämpft und schwere Opfer gebracht. Wir führten diesen Kampf geschlossen in der ganzen kommunistischen Internationale. Wir zeigten die Hindernisse und die Mittel dieses Kampfes in voller Uebereinstimmung mit dem, was Rosa Luxemburg 1916 sagte. Auch hierfür nur ein Beispiel. Im Reichstage führte unsere Genossin **Klara Zetkin****) aus:

Die Bourgeoisie mag sich mit einer Herrschaftsbefestigung des französischen Imperialismus in Deutschland abfinden, sie mag sich letzten Endes abfinden mit der Verwandlung Deutschlands in eine Kolonie des Ententekapitalismus, wenn ihr ein mehr oder weniger großer Anteil an dem kapitalistischen Profit gesichert bleibt. **Ein proletarisches Deutschland,** meine Damen und Herren, **und erst recht ein kommunistisches Deutschland, an dessen Kommen ich glaube, kann sich nun und nimmermehr mit der Herabdrückung Deutschlands zu einem Koloniallande abfinden.** (Sehr richtig! bei den Komm. — Rufe rechts: Dann sind wir einig!) Ein proletarisches Deutschland hat in der Integrität des deutschen Territoriums und in der politischen Selbständigkeit, in der Blüte der deutschen Wirtschaft das Erbgut ihrer Klasse für die Gegenwart und erst recht für die Zukunft zu verteidigen, zu verteidigen gegen den ausländischen Imperialismus und den einheimischen Kapitalismus.

Wir haben die hochverräterischen Machenschaften der Kapitalisten aufgedeckt, ihre Zerstörung des passiven Widerstandes, wie die Zerstörung der Volkskraft, der Widerstandskraft des deutschen Volkes durch die Politik der Regierung. Wir haben die Arbeiterschaft stets im passiven Widerstand ermutigt und gestützt vom ersten Tage der Ruhrbesetzung an. Wenn noch ein Beweis nötig wäre, so wäre er gegeben in dem **Freispruch zu dem ein bayrisches Volksgericht auf die Anklage des Hochverrats im Ruhrkriege gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Augsburger Parteiblattes kommen mußte.**

Wo ist unsere taktische Wendung?

Proletariat und Diktatur

Das Entscheidende der heutigen Situation ist: **die nationale Frage ist zur Frage der Revolution geworden.** Die Beseitigung der Kapitalsherrschaft ist die Vorbedingung **für die Rettung** Deutschlands. Fast ist Graf Reventlow zu diesem Schluß geneigt und es will uns scheinen, als zöge er diesen Schluß nur deshalb nicht, weil er nicht den Mut hat, die Dinge zu sehen wie sie sind. Für uns bewies die geschichtliche Erfahrung, daß der Kapitalismus unfähig ist, die Nation vor Versklavung zu retten. Jetzt aber kann jeder sehen, wie das Großkapital den Ruhrkrieg als Gelegenheit zu einem schändlichen Raubzug gegen das eigene Volk und am Ende zum Paktieren mit dem Feind und zur Kapitulation benutzt. Krupp und Stinnes — Warnungszeichen!

Der innere Feind muß geschlagen werden, also Revolution.

Die Revolution aber als Kampf um die Staatsmacht, als Uebergang der Macht von einer Klasse auf die andere fordert die Diktatur. Nötiger als in irgendeinem Falle sonst in Deutschland, das vom äußeren Feind bedrängt ist. Mit dem Sieg der Revolution ist der innere Feind nicht erledigt. Er muß deshalb mit aller Gewalt niedergehalten werden.

Graf Reventlow erwidert darauf:

Wenn Herr Frölich aber den Radekschen Hinweis zitiert: 1813 habe man den Befreiungskampf erst nach Befreiung der Bauern führen können, ebenso gelte es heute die Befreiung der Arbeiterschaft, so muß dem entgegnet werden, **daß das Preußen von 1813 gleichwohl nicht unter die Diktatur der Bauern gestellt worden ist.** Das kommunistische Verlangen einer Diktatur des Proletariats findet mithin in der Geschichte keine Parallele und der Anspruch auf eine solche Diktatur ist ungesund und entbehrt des Rechtes, ganz abgesehen von dem Problem ihrer Ausübung.

Zunächst: **Das Recht zur Diktatur** ist mit dem historischen Zwange gegeben. Die Völkischen werden nie darauf verzichten, selbst wenn sie oder einzelne von ihnen heute nichts davon wissen wollten. Ueber 1813 und seine Lehren wird noch zu sprechen sein. Hier nur so viel: Es gab 1813 keine Bauerndiktatur

1. weil die Bauern zur Diktatur unfähig, weil sie ein wenig organisationsfähiges Element sind;
2. weil die Bauern zwar durch Reformen für den Freiheitskrieg gewonnen waren, aber keine Revolution durchgeführt hatten.

Und gerade weil die Diktatur, weil die Revolution fehlte, konnte der Volkskrieg in einen Fürstenkrieg umgelogen, konnte das Volk um die Früchte seiner Blutopfer betrogen, konnte die Nation durch den Wiener Kongreß zertreten werden.

Was aber ist die Diktatur des Proletariats, was ist das Proletariat überhaupt? Gegen unsere Auffassung von der Klasse wendet Graf Reventlow ein, die Volkseinheit sei ein organisches Gebilde, in dem die Klassen ungesunde Erscheinungen sind. Nun, das Organische liegt noch immer in der Klassenhierarchie. Zerstört kann diese Hierarchie, aus den Völkern kann ein gesundes, organisches Gebilde nur werden, wenn die beherrschten Klassen die herrschende besiegt haben. Durch Klassenkampf zur Aufhebung der Klassen. Träger dieses Kampfes ist die Arbeiterklasse, das Proletariat. Aber das Proletariat umfaßt selbstverständlich nicht nur die Handarbeiter. Es umfaßt die Angestellten, die untere und mittlere Beamtenschaft, den größten Teil der Intelligenz, „die mit Schädel und mit Hirn hungernd pflügt." Ins Proletariat werden immer breitere Schichten der Kleingewerbetreibenden, der Kleinhändler, der Rentner usw. hineingeworfen. Galoppierend und schrecklich grausam geht dieser Prozeß vor sich. Diese Schichten alle sind die Opfer des Großkapitals. Sie sind heute schon — auch wenn sie es nicht Wort haben wollen — Proletarier oder die natürlichen Verbündeten des Proletariats. Es gibt kein anderes Heil für sie. „Der Volksstaat soll an Vollbürgern alle Arbeitenden und arbeitsunfähig Gewordenen begreifen, aber zur sie. Die übrigen sind Drohnen, somit Schädlinge." Graf Reventlow hat recht!

Mit oder gegen die Arbeiter?

Es kommt auf die letzten Konsequenzen an. Wer vom Klasseninteresse der Arbeiter ausgeht wie wir, dem erwächst die Aufgabe der Rettung der Nation. **Wer vom nationalen Interesse ausgeht, muß sich mit dem kämpfenden Proletariat verbünden, muß die Revolution wollen.** Das ist der Ausweg. Das ist der Indegriff alles Starken, alles Lebendigen. Das ist die Rettung der menschlichen Kultur vor der Verwesung.

Noch sehen wir die wütende Verfolgung der kämpfenden Arbeiter durch die nationalen Verbände. Bringt nicht fast jeder Tag einen Arbeitermord? Sind diese nationalen Verbände nicht der willfährige Diener der Regierung und des Großkapitals, wenn es gegen hungernde und kämpfende Arbeiter geht? Und dann beschwert man sich über unseren Ton, unsere „Hetze". Wer unser Feind ist, den schlagen wir nieder. Wir schaffen unsere Hundertschaften. Und wir werden siegen gegen die Verblendeten, die sich gegen ihre eigenen Interessen wenden.

Wir nehmen jede Auseinandersetzung an: mit der Waffe, wenn es sein muß, mit Argumenten, wenn es möglich ist. Wir sind es uns und dem deutschen Volke schuldig, der kampffähigen deutschen Jugend, die sich den Völkischen angeschlossen hat, über ihre eigenen Zwecke, Mittel, Möglichkeiten und Notwendigkeiten aufzuklären. Darin werden wir fortfahren und darin besteht unsere „Demagogie".

*) Junius. Die Krise der Sozialdemokratie. Niva-Verlag.
**) Klara Zetkin. Gegen Poincaré und Cuno. Niva-Verlag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230806-11/fragment/page=0002

Arbeiter und Arbeiterinnen, hinein in die Gewerkschaften!

Klassengenossen und -Genossinnen! Ihr habt alle in den letzten paar Jahren schmerzvoll genug die schwere Faust des angreifenden Kapitals zu fühlen bekommen.

Ihr habt gesehen, daß es den herrschenden Klassen während dieser Zeit gelang, die Arbeiterklasse überall zurückzudrängen. Wie konnte dies geschehen? Es geschah nicht zuletzt dank dem Umstande, daß die Unternehmer fest organisiert sind, daß sie bis auf den letzten Mann von dem Geiste ihrer Klasse durchdrungen sind. Alle ihre politischen und wirtschaftlichen Organisationen sind zu einer einzigen mächtigen Waffe vereinigt mit dem einzigen Ziele: die Herrschaft des Kapitals für Ewigkeiten zu sichern.

Die Arbeiterklasse verfügt leider noch nicht über eine derartige alle Klassenangehörigen umfassende Organisation. Den breiten Massen fehlt noch dieses ausgeprägte, unbeugsame Klassenbewußtsein. Ja, viele Arbeiter und Arbeiterinnen begreifen überhaupt kaum, daß die Arbeiterklasse besondere Interessen hat, die nur im schärfsten Ringen gegen die herrschende Kapitalistenklasse durchgesetzt werden können.

Dank dieses Umstandes ist das hochorganisierte, klassenbewußte Kapital imstande, die ungenügend organisierte und wenig klassenbewußte Arbeiterklasse zum Rückzuge zu zwingen. Viele Arbeiter gehören überhaupt keiner Organisation an. Ein großer Teil der heutigen Unorganisierten war früher zu irgendeinem Zeitpunkt organisiert, ist aber von der reformistischen Taktik enttäuscht, in Massen aus den Gewerkschaften geflohen. Die Folge einer solchen Handlungsweise war aber und konnte nur sein eine weitere Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterklasse.

Der bestehende Zustand ist im höchsten Grade schädlich und gefahrvoll für die Arbeiterklasse. Der Austritt aus den Gewerkschaften, mag diese Desertion wie immer begründet werden, ist eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse. Solange Millionen und aber Millionen von Proletariern außerhalb der Arbeiterorganisationen stehen, wird das von Blut und Schweiß der Arbeiter triefende System der Ausbeutung bestehen bleiben.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Ihr, die Ihr außerhalb der Gewerkschaften steht, und Ihr, die Ihr aus verschiedensten Gründen die Arbeiterorganisationen verlassen habt, denkt daran, daß Ihr Euch ins eigene Fleisch schneidet. Ihr leistet Euren schärfsten Feinden Vorschub. Darum, Ihr Unorganisierte, hinein in die Gewerkschaften! Ihr Ausgetretene, zurück in die Gewerkschaften! Vereinigt dort Eure Wünsche, Euren Willen, Eure Energie mit dem Willen all derer, die in den reformistischen Gewerkschaften arbeiten, um sie von allem, was morsch und rostig ist, zu säubern.

Unorganisierte! Laßt Euch nicht dadurch verwirren, daß in vielen Ländern an der Spitze der Gewerkschaften noch Reformisten stehen, also Leute, die noch immer an den guten Willen der herrschenden Klasse glauben. Von den Mitgliedern hängt das Weiterbleiben dieser Führer an den leitenden Posten letzten Endes ab. Die Mitglieder können verräterische Führer fortjagen, wenn sie es nur konsequent und zäh wollen.

Klassengenossen und Genossinnen! Kein einziger Arbeiter, keine einzige Arbeiterin darf abseits der Gewerkschaften bleiben. Wenn sich die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Hand- und Kopfarbeiter, ausnahmslos organisieren, wenn sie sich Massenorganisationen im Rahmen der Industrieverbände schaffen, die alle Arbeiter der betreffenden Industriezweige umfassen werden, dann wird die Arbeiterklasse eine unbeugsame Macht und imstande sein, das kapitalistische System zu zertrümmern.

Darum rufen wir Euch zu:
Unorganisierte, organisiert Euch!
Ausgetretene, kehrt zurück in Eure Organisationen!
Die Zeit drängt — jeder weitere Tag der Zögerung schwächt die Kräfte der Arbeiterklasse.
Macht Schluß mit Eurer Lage!
Entsagt Eurer Müdigkeit, Eurer Enttäuschung!
Der Zentralrat der Roten Gewerkschafts-Internationale ermahnt Euch, Arbeiter und Arbeiterinnen, zum Eintritt in die Organisationen, um dort den Kampf auf Tod und Leben mit unseren Klassenfeinden vorzubereiten.
Es lebe die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung!

Der Zentralrat der Roten Gewerkschafts-Internationale.

Beschluß

über den Antrag der Union der Hand- und Kopfarbeiter betreffend Auflösung der Verbände der Ausgeschlossenen.

In Erwägung, daß sich die Taktik der Opposition in Deutschland als durchaus zweckmäßig und erfolgreich bewiesen hat, lehnt der Zentralrat den Antrag der Union der Hand- und Kopfarbeiter ab, der die Auflösung der Verbände der Ausgeschlossenen und ihre Angliederung an die Union der Hand- und Kopfarbeiter bezweckt und die Neugründung derartiger Verbände verbieten will. Der Zentralrat beauftragt die Opposition in Deutschland, in der bisherigen Linie weiterzuarbeiten.

Die Opfer des Klassenkampfes der letzten Zeit

Eine Darstellung aus verschiedenen Quellen vom Inform.-Bureau der KJ.

Europa

Deutschland! Jurist Felix Haller, Rechtsbeistand der KPD., gibt an, daß trotz der etwa 2500 bedingten Begnadigungen des Jahres 1921 immer noch etwa 5000 wegen politischer Delikte Inhaftierter in den deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen. (Termin: Herbst v. J.) Die Zuchthausstrafen betragen insgesamt mehrere tausend Jahre. Besonders hervorgetreten sind in der letzten Zeit:

Tod des bayrischen Abgeordneten, Mitglied der KPD., Genossen Hagemeister im bayrischen Zuchthaus; Ermordung eines Jugendlichen durch Berliner Schupo; Todesurteil an Genossen Karuseit wegen Vorsitzes eines Revolutionstribunals im Rheinland während des Kapp-Putsches; Verfolgung Eisenbergers, bayrischer Abgeordneter und Eberleins; Verurteilung von Schatz, Menzel, Mixdorf und Müller (KPD. und KAPD.) zu je fünf Jahren Zuchthaus. Verhaftung Hölleins in Paris, Zetkins im Rheinland, Ablehnung Hölz zu amnestieren. — Häufige Verbote unserer Presse, faszistische Attentate auf unsere Zeitungen, Verhaftung 20 Jugendlicher im Rheinland-Ruhr, verstärkte Ausländerhetze und Ausnahmegesetzgebung.

Frankreich: Nach Angaben Doriots sind etwa 25 der aktivsten Genossen, aus Anlaß der Ruhroffensive, inhaftiert worden. Darunter befinden sich die Genossen Cachin, Monmousseau, Treint, Marrane, Masson, Lemare, Jacob, Laporte, Péri und Fégy. Die Anzahl der disziplinarisch bestraften aktiven und Reservesoldaten kann nicht angegeben werden. Hervorzuheben: Polizei und Militär gegen Streikende (Le Havre, 4 Tote, Marsaille).

Italien: Etwa 6000 Arbeiter, darunter 70 bekannte Kommunisten verhaftet. Außerdem fast alle Redakteure unserer Zeitungen. Unter den Internierten: Gcicco, Azario, Bordiga, Leonetti, Vigliongo, Cilla, Polano, Dozza, Serrati. — Sehr stark wird auch der Jugendverband verfolgt. Zweidrittel seiner aktiven Kämpfer sind gefangen. In Turin in zwei Nächten 32 junge Funktionäre ermordet. Auflösung der Gewerkschaften, Zerstörung der Volkshäuser und der Zeitungen, Verhinderung öffentlicher Wahlen.

Spanien: Drei Jahre lang allergemeinste Verfolgung aller revolutionären Organisationen. Tausende Jugendgenossen in den Gefängnissen. Neuerdings wurden wieder etwa 300 verhaftet, 150 sind bereits verurteilt zu harten Zuchthausstrafen, darunter Gonzelos, Vicente, Calaza, Luis, Portela und ein Sekretär des Jugendverbandes. 20 Genossen wegen Datomordes angeklagt. Noch immer viele Hundert wegen Marokkokrieges im Gefängnis.

Belgien: 400 bis 500 Gefangene. Kürzlich 17 Kommunisten in führender Stelle verhaftet. Darunter: Van Overstraaten, Jaquemote, De Bauk, Lesoil, Bondas, Polk und De la Fontaine. Scharfe Verfolgung der Kommunisten wegen Ruhrpropaganda.

Litauen: Polizeiterror, Massenverhaftungen, Wahlterror, Jugendpogrome, zwei Todesurteile, begnadigt zu lebenslänglichem Zuchthaus. Ein Todesfall im Gefängnis (Januschewski). In Kowno 80 politische Gefangene. Partei illegal.

Lettland: Seit den letzten Wahlen 800 Arbeiter verhaftet, davon 200 noch im Gefängnis. 214 nach Rußland ausgetauscht. Jugend seit 6 Monaten über 100 Verhaftete. 32 nach Rußland ausgetauscht. Partei illegal.

Estland: Partei illegal. Größter Terror. Jugendlicher Kruek ermordet. Kingisepp und ein anderer Genosse erschossen. Von 154 Komkandidaten und 6 Abgeordneten nur 2 Komkandidaten in Freiheit, alle anderen im Exil oder Gefängnis.

Finnland: Noch 1200 politische Gefangene. Weißer Terror.

Polen: 2000 Gefangene. Seit 1. Dezember 1922 bis 1. April 1923 sind angeklagt: 193; verurteilt: 111; freigesprochen: 82; Strafen: 285 Jahre Katorga und Festung. Außerdem Massenverhaftungen, die in die Tausende gehen in allen Randgebieten, Gewerkschaftsauflösungen.

Skandinavien: Dänemark: zwei Genossen längeres Gefängnis. Norwegen: politischer Prozeß gegen zwei Jugendführer. Schweden: unbekannt.

England: Genaue Angaben fehlen. Einige Mitglieder der Arbeitslosendemonstration für kurze Zeit im Gefängnis.

Irland: Etwa 12 Mitglieder der Partei wegen Mitgliedschaft zur republikanischen Armee im Gefängnis.

Tschechoslowakei: Beginnender Faszismus, Ausnahmegesetz gegen KP.

Ungarn: Offizielle Ziffern der Horthy-Regierung: Bisher insgesamt: 70 000 Eingekerkerte, 10 000 Hingerichtete, 25 000 Emigranten; Augenblickliche Zahl nicht bekannt. Immer noch Verhaftungen.

Rumänien: Massenprozesse. Gefängnisse überfüllt. Polizeiterror gegen Partei und Jugend. Illegalität.

Bulgarien: Massenverhaftungen.

Jugoslavien: Auflösung der Gewerkschaften und Jugendorganisationen; weißer Terror.

Griechenland: Weißer Terror.

Türkei: Kommunistenverfolgung.

Amerika

USOA.: Harte Verfolgung durch Gerichte. Klu Klux Klan. 53 Mitglieder der JWW. im Gefängnis. Neuerdings wieder elf Kommunisten wegen Mitgliedschaft und Propaganda eingesperrt. Arbeiter Greger gelyncht. Prozeß Fester und 21 Genossen. Nach allen großen Streiks Massenverhaftungen bis in die Tausende. In Nord Yakima und Oregon 24 Arbeiter gelyncht.

Kanada: Nach Edmontstreik 150 Arbeiter ins Gefängnis.

Mexiko: 27 Genossinnen und 30 Genossen, darunter viele hervorragende, lange Freiheitsstrafen.

Sonstiges Südamerika: Ueberall Verfolgungen der Kommunisten, Syndikalisten und Anarchisten.

Afrika

Süd-Afrika: 77 Arbeiter im Gefängnis für revolutionäre Tätigkeit. Sechs Hingerichtete, fünf nach dem 4. Kongreß verhaftet.

Sonstiges Afrika: Unbekannt.

Australien

Sechs Arbeiter kamen ins Gefängnis (nach dem 4. Kongreß) für Streikaktivität.

Asien

Indien: Wegen Teilnahme an nationalistischer Propaganda etwa 25 000 Eingekerkerte. Ungenau sind die Zahlen der aufständischen Bauern, revolutionärer Arbeiter. Sie gehen in die Zehntausende. Mehrere hundert Todesurteile sind vollstreckt worden.

China: Ein Jugendgenosse kürzlich getötet, sieben verhaftet. Häufige Anwendung von Bastonaden an die unzähligen Aufrührerischen, ebenso wie in Indien. Genaue Angaben fehlen.

Japan: Todesurteile an Kommunisten sind vollstreckt worden. Große Justizverfolgungen. Genaue Daten fehlen.

Sitzung des Zentral-Ausschusses der KPD.

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 6. August.

Gestern trat der Zentral-Ausschuß der KPD. zusammen. Genosse Böttcher referierte über die Sitzung der erweiterten Exekutive. Er sprach eingehend und ausführlich über die verschiedenen Probleme der kapitalistischen Offensive und des revolutionären Vormarsches des Proletariats. Unter Berücksichtigung aller Umstände kommt die Exekutive zu dem Ergebnis, daß große soziale Erschütterungen im Weltmaßstabe durchaus möglich und nationale kapitalistische Konflikte höchstwahrscheinlich sind. Die pazifistische Bewegung ist vollständig einflußlos. Die revolutionäre Entwicklung in den Westländern ist mitbestimmend für die Erstarkung der Arbeiter-Republik als Stützpunkt der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt. Die kommunistischen Parteien sind eine Welt-Massenpartei geworden. Die taktische Linie in Deutschland, die im Einklang mit den Beschlüssen des vierten Kongresses eingehalten worden ist, hat sich durchaus als richtig und notwendig erwiesen. Die Tagung geht weiter.

Interpellation der Thüringer KPD.

(Eigene Drahtmeldung)

Jena, 6. August.

Die kommunistiche Fraktion im Thüringer Landtag hat an die Thüringer Regierung eine Anfrage gerichtet, in der sie die Regierung um Auskunft ersucht, ob sie bereit ist, von der Reichsregierung ein sofortiges Verbot aller faszistischen Organisationen und die Säuberung der Reichswehr usw. von allen faszistischen Elementen zu fordern. Es heißt dann weiter:

„Ist die Regierung gewillt, die unverschämten Drohungen des Faszistenkanzlers Cuno gegen Thüringen mit der gebührenden Schärfe und Energie öffentlich zurückzuweisen?“

Zum Schluß wird gefragt, welche Zugeständnisse die Thüringer Regierung anläßlich des Anti-Faszistentages der Cuno-Regierung gemacht hat, und ob die Regierung gewillt sei, im engsten Zusammenwirken mit Sachsen auch für Thüringen Kontrollausschüsse und proletarische Abwehrhundertschaften zuzulassen.

Sechs Monate Gefängnis wegen Gotteslästerung

Die alten Zöpfe wilhelminischer Rechtsprechung haben noch heute Gültigkeit. Wegen Gotteslästerung nach § 166 des Reichsstrafgesetzbuches hatte sich der Sekretär der Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Arthur Wolf, Dresden, und wegen Beihilfe der Kaufmann Erich Gotthelf Freyer, Berlin, vor dem Dresdener Schöffengericht zu verantworten. Durch Verbreitung der Schrift die „Gottespest“ und ferner im „Pionier“, dem Blatt der Unterdrückten und Totgeschwiegenen, sollen sie die Einrichtungen der Kirche beschimpft und Gott gelästert haben. Da die besitzende und herrschende Klasse den Gottesglauben zur besseren Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung braucht, suchte man ein Mittel, um der Freidenkerbewegung den Kopf abzuschlagen. Wolf wurde zu sechs Monaten Gefängnis und Freyer zu einer Million Mark Geldstrafe oder einem Monat Gefängnis verurteilt. Dieses „christliche“ Urteil zeigt typisch den brutalen Haß der besitzenden Klasse gegen die, die es wagen, in das morsche Gedankengebäude ihrer Herrschaft hineinzuleuchten.

Gewerkschaftliches

Betriebsrätekonferenz in Köthen

Ein Bergarbeiter schreibt uns noch zur Betriebsrätekonferenz in Köthen folgendes:

„Mit welcher Demagogie die Arbeitervertreter (?) des Bergarbeiterverbandes die Meinung ihrer Mitglieder beeinflussen, zeigt die Betriebsrätekonferenz in Köthen. Der Referent Dr. Berger schälte die Lohn- und Preispolitik wie eine Zwiebel auseinander, nur mit dem Unterschied, daß ihm bei dieser Tätigkeit die Augen nicht tränten. Kreuzfidel behauptet er, die Lohnpolitik muß sich im Rahmen der deutschen (kapitalistischen) Wirtschaft bewegen, und zwar so, daß zunächst eine Ueberproduktion geschaffen wird. Erst dann kann an Lohnpolitik gedacht werden. Mit proletarischen Worten: Kumpel schufte, schufte, schufte, halts Maul und schaff so lange Ueberprodktion, bis die Kohlenbarone genug haben. Erst wenn die Herren genug haben (zum Nimmerleinstage!), kannst Du an Lohnforderungen denken.

Dr. Berger behauptete ferner, wir sollten uns keine Illusionen über die wertbeständigen Löhne machen. Nun, die Arbeiterschaft hat das, soweit sie nicht blindlings im Schlepptau der Arbeitsgemeinschaftler segelt, bisher noch nicht gemacht. Die Berger und Genossen können wohl auf Konferenzen solche Töne reden, aber in der Praxis versuchen sie nur, „sich im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft zu bewegen.“ Die Bergarbeiter müssen aus diesen demogogischen Kniffen ihre Schlüsse ziehen.“

Die französischen Eisenbahner für die RGI.

(Eigene Drahtmeldung)

Paris, 4. August.

Der zurzeit in Paris tagende Kongreß der unitären Eisenbahner hat heute mit 52 000 gegen 10 000 Stimmen den Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale bestätigt.

Der Sieg der RGI. im französischen Metallarbeiterverband

(Eigene Drahtmeldung)

Paris, 4. August.

Auf dem außerordentlichen Verbandstag des unitarischen Metallarbeiterverbandes wurde die Resolution Semard zugunsten der Gewerkschaftstaktik der RGI. und der kommunistischen Internationale mit 113 gegen nur 22 Stimmen angenommen. Im weiteren Verlauf des Verbandstages wurde die Frage der Betriebsräte behandelt. Die vorgelegte Resolution fand mit 96 gegen 25 Stimmenn eine Annahme.

Aus der Provinz

Die Massen verhungern, die Sozialdemokraten wissen keinen Ausweg!

Die Preise steigen ins Wahnsinnige. Der Dollar ist gestiegen auf das Zweihundertfünfzigtausendfache. Die Katastrophe naht. In langen Ketten stehen die hungernden Frauen vor den Läden. Aber noch ist der Leidenskelch nicht ausgekostet.

Die nächsten Tage werden noch wahnsinnigere Preissteigerungen bringen.

Ein Pfund Margarine kostet heute bereits 240 000 Mark. Ein Ei 12 000 Mark. Ein Pfund Rindfleisch kostet 150 000 bis 170 000 Mark, ein Pfund Wurst 200 000 Mark, ein Paar Stiefel 4 000 000 Mark.

Und die Löhne der Arbeiter? In einer Anzahl von Betrieben ist bereits kein Geld für Lohnzahlungen da.

Kein Geld! Für Geld keine Ware! Und wo Ware ist — Wucherpreise!

Die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten sind ratlos. Die Sozialdemokratie zerfällt. Die Opposition der VSPD. ist bereits in Weimar zu einer Sonderkonferenz zusammengetreten. Die Massen der VSPD. rebellieren gegen ihre Führer, die die Große Koalition schaffen wollen. Die Große Koalition bedeutet den schamlosesten Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft.

Der Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, der Sozialdemokrat Beims, hat als Vorsitzender des Provinzialstädtetages Sachsen-Anhalt an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Hörsing, ein Schreiben gerichtet, in dem er auf den Ernst der Lage in Magdeburg und in den übrigen Orten der Provinz hinweist. Es heißt da unter anderem:

„Der **Mangel an Fetten** wird von Tag zu Tag größer. Die Preise steigen in einer ganz unkontrollierbaren Weise. **Ein großer Teil der Fleischerläden ist geschlossen.** Der Käufer wird durch ein Schild davon unterrichtet, daß Warenmangel die Schließung der Läden herbeigeführt hat. Der **Mangel an Kartoffeln** ist zweifellos durch das ungünstige Wetter veranlaßt. Aber auch der **Mangel an Gemüse** macht sich in den Städten mit gewerblicher Bevölkerung außerordentlich bemerkbar.

Die **Teile der Bevölkerung, die von Unterstützungen oder von kleinen Renten leben, können der Preisentwicklung von heute nicht folgen.** Die ohnehin schon vonhandene Not in diesen Kreisen ist in jüngster Zeit unerträglich geworden. **Aber auch die Lohn- und Gehaltsempfänger leiden unter der sprunghaften Geldentwertung in schwerster Weise.** Ich mache darauf aufmerksam, daß sich in der Bevölkerung unserer Städte und Industriegemeinden eine

außerordentlich große Erregung

mehr und mehr zeigt.

De rAuftrieb auf den Schlacht- und Viehhöfen ist in den letzten Wochen sprunghaft zurückgegangen. Die Marktberichte lassen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230806-11/fragment/page=0003

erkennen, daß mit jedem Markttage die **Zahl der zum Verkauf gestellten Schlachttiere erheblich zurückgeht,** während gleichzeitig die Preise ungezügelt in die Höhe getrieben werden.

Unter solchen Verhältnissen kann der **Lebensmittelkleinhändler** seine eigentliche Tätigkeit kaum noch ausüben. Er kann einmal **die Waren nicht in genügender Menge beschaffen,** die sein Kundenkreis benötigt, und zum andern kann er **mit dem Erlös aus den Waren sich nicht neu eindecken,** denn auch bei den größten Preisaufschlägen hat er keine Gewähr dafür, daß mit dem Erlös aus verkauften Waren gleiche Mengen wieder eingekauft werden können. Ich muß feststellen, daß sich infolge dieser Verhältnisse besonders vor den Fetthandlungen der Stadt Magdeburg wiederum die aus der Kriegszeit bekannten

Käuferschlangen

anstellen, meisten sohne Aussicht, ihren Bedarf eindecken zu können Ebenso müssen eine große Anzahl Käufer die Gemüsehandlungen und Wochenmärkte verlassen, ohne die für die Ernährung der Familie notwendigen Waren kaufen zu können. **Die Hungersnot in den großen Städten wächst mit jedem Tage in bedrohlichster Weise."**

Was tun demgegenüber die Sozialdemokraten? Sie predigen die „Große Koalition", wollen sich mit den Volksausbeutern und Wucherern verbinden, was natürlich den Erfolg hat, daß letztere um so besser ihr Werk betreiben können. Und was tut Herr Beims selbst, der in der vorstehendden Eingabe so radikale Worte schwingt? In der letzten Magdeburger Stadtverordnetensitzung lag eine Anfrage bezüglich der Lebensmittelnot vor. Ein sozialdemokratischer Arbeiter führte aus, daß sich die Arbeiter gezwungen sehen, den Betrieben fern zu bleiben, weil sie nicht arbeiten können, da sie nichts zu essen haben.

Was wußte nun Oberbürgermeister Beims darauf zu antworten? Der Sozialdemokrat Beims redet sowohl den Kapitalisten als auch den Arbeitern zu. Der Magistrat sei nicht in der Lage, etwas Durchgreifendes zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu tun.

Offen tritt zutage, daß die Sozialdemokratie den Massen keinen Ausweg zeigen kann. Die Massen müssen sich auf ihre eigene Kraft besinnen.

Arbeiter! Tretet in den Betrieben zusammen. Schmiedet dort die Einheitsfront! Schließt Euch zusammen zum Kampfe:
Für die Beschlagnahme der Lebensmittel.
Für die Verteilung durch Gemeinden und Genossenschaften.
Für ausreichende Löhne und Gehälter, die gezahlt werden.
Für die Arbeiter-Regierung.
Gegen den Hunger, gegen den Arbeitermord.

Faszistische Schwindelei über kommunistische Waffen und Munition im Geiseltal

Verschiedene Wurstblätter der Provinz (das „Querfurter Tageblatt", das „Naumburger Tageblatt", der „Bote für das Geiseltal" usw.) brachten dieser Tage folgende Notiz:

Mücheln, 30. Juli. Auf ein hier umlaufendes Gerücht, daß in kommunistischem Auftrage in der Nähe von Mücheln ein Gefährt mit Waffen und Munition befördert werden sollte, hatten Stahlhelmer rechts und links von der Landstraße, über die der betreffende Wagen fahren mußte, Posten gefaßt. Beim Herannahen wurde der Wagenführer zum Halten genötigt, das Stroh auf der Ladung beiseite geschoben und festgestellt, daß tatsächlich eine Waffen- und Munitionsschiebung im Gange war. Ein Stahlhelmer bestieg sogleich sein Fahrrad, um den zuständigen Gendarm zu benachrichtigen, und das Ende vom Liede war, daß der Wagen mit seiner verbotenen Ladung wieder Kehrt machen mußte.

An dieser ganzen Notiz ist **kein einziges Wort wahr!** Unsere Genossen haben bei den verschiedensten Behörden der ganzen Umgegend sich erkundigt, aber nirgends ist von dem Vorfall auch nur das Geringste bekannt. Es gehört schon eine gehörige Portion Frechheit dazu, solche Schwindelmeldungen ohne jeder Unterlage in die Welt zu setzen. Zuerst stand sie im „Querfurter Tageblatt", das streng faszistisch eingestellt ist und dem wir erst kürzlich auf die unsauberen Finger geklopft haben. Es wird solange hetzen, bis die Arbeiter einmal Fraktur reden. Uebrigens, so dumm sind wir denn doch nicht, daß wir uns von dem Stahlhelmgelichter auf solche Weise einfach Waffen wegnehmen ließen. Man darf nicht von sich auf andere schließen.

Neue Löhne im Baugewerbe

Am Sonnabend fanden in Halle neue Lohnverhandlungen statt für das Baugewerbe der Provinz Sachsen und Anhalt. Bezirksleiter Koch unterbreitete den Unternehmern folgende Forderungen der Arbeiter:

1. Für die letztverflossene Lohnwoche (26. Juli bis 1. August) eine **Nachzahlung von 10 000 Mk.** pro Stunde zu bewilligen.

2. Für die jetzt laufende Lohnwoche (2. bis 8. August) wird ein **Aufschlag zu dem letzten Lohn von 80 000 Mk.** gefordert.

3. Eine **Abschlagssumme von 50 Prozent** von dem Wochenlohn der laufenden Lohnwoche regelmäßig **jeden Dienstag** zur Auszahlung zu bringen.

Die Unternehmer lehnten Ziffer 1 und 3 rundweg ab; zu Ziffer 2 machten sie ein Angebot von 50 000 Mk. Sie drückten dabei den Wunsch aus, eventuell in einer engeren Kommission weiter zu verhandeln. Nach Bildung einer fünfgliedrigen Kommission und nachdem diese 1½ Stunde verhandelt hatte, bequemten sich die Unternehmer zu einem Spitzenlohn von 60 000 Mk. Dies Angebot wurde von den Arbeitervertretern in Anbetracht der letzten Preissteigerungen als unzureichend erklärt. Der weitere Vorschlag, für die zwei nächstfolgenden Lohnwochen den Aufschlag des Reichsindex gelten zu lassen und danach den Lohnsatz festzusetzen, fand bei den Arbeitnehmern nur insofern Zustimmung, daß man den Versuch mit dieser Regelung auf nur eine Woche einmal machen wolle, für längere Zeit müsse aber entschieden abgelehnt werden.

Schließlich kam man gegenseitig zu folgender Vereinbarung:

Für die Lohnwoche vom 2. bis einschließlich 8. August wird ein Spitzenlohn von 65 000 Mk. pro Stunde gezahlt; für die Lohnwoche **vom 9. bis einschließlich 15. August soll die am 9. August herauskommende Reichsindexzahl als Aufschlag zu dem Lohn von 65 000 Mark Geltung haben.**

Lützen. Was alles gestohlen wird! Aus der Gustav **Adolf-Kapelle auf dem Schlachtfelde** von Lützen haben Einbrecher eine **mehrere Zentner schwere Kirchenglocke** gestohlen.

Hayna. Für die **„Rote Hilfe" wurden am** letzten Sonntag bei einem Vergnügen der jungen Burschen 31 800 Mark gesammelt. Wenn dieses beim heutigen Geldwert auch nur „ein Tropfen auf den heißen Stein" bedeutet, so bricht sich doch die Erkenntnis Bahn, daß auch in diesem kleinen, ländlichen Orte, die Idee für die proletarische Bewegung Boden gewinnt. Hoffen wir, daß auch bei kommenden Ereignissen die Arbeiterschaft hier ihren Mann steht.

Delitzsch. Wie mühelos Geld „verdient" wird, zeigt folgender Fall: Der Händler Zeising von hier kaufte vom Landwirt Krabes (Werben) vier Schweine, das Stück mit 500 000 Mark und verkaufte die Schweine für je 1 Millionen und 700 000 Mark. Er hatte also im Handumdrehen 1 Million und 200 000 Mark an einem Schweine „verdient". So entstehen die ungeheuren Preise für Fleisch, Brot usw., und das Volk verhungert dabei. Wie lange wohl solche Zustände noch geduldet werden?

Wettin. Das Erwachen der Arbeiterschaft. Die Belegschaft der Maschinenfabrik Bölke forderte am Sonnabend, dem 28. Juli, eine Lohnerhöhung in Höhe des Tarifs und eine Nachzahlung der horrenden Summe von — 3000 Mark. Herr Bölke war natürlich über diese „unerhörte Forderung" sehr erregt und herrschte die Arbeiter an: „In 10 Minuten ist der Betrieb verlassen!" In der sauberen Bude herrschen fast mittelalterliche Zustände. Ein 17jähriger Arbeiter erhält einen Stundenlohn von 7000 Mark, ein Schlosser 8000 bis 9000 Mark. In der Hauptsache beschäftigt Herr Bölke jugendliche Arbeiter und Greise, anderen traut er sich einen solchen Hungerlohn nicht anzubieten. Auf Veranlassung unserer kommunistischen Vertrauensleute wählte die Belegschaft zunächst einen Betriebsobmann und sorgte dafür, daß sich jeder Arbeitskollege zu organisieren hatte. Danach versuchte man dem Unternehmer den tarifmäßigen Lohn abzutrotzen. Herr B. wollte jedoch nur die Hälfte zahlen und die Aufwiegler hinauswerfen. Die ganze Belegschaft verließ darauf den Betrieb, um sich ihre Forderungen zu erkämpfen. Glaubt Herr Bölke etwa im Kaiserreich Deutschland zu sein, daß er es sich untersteht, in solcher Weise „seiner" Arbeiterschaft entgegenzutreten? Er soll sich an dem festen Willen der Belegschaft die Zähne ausbeißen; sie sieht sich nicht mehr veranlaßt, für Herrn Bölkes Wohlergehen weiter zu hungern. Am 4. August wurden von Herrn Bölke plötzlich die kommunistischen „Aufwiegler" aus dem Betrieb hinausgeworfen. Der Gewerkschaftsbonze Lebbin-Bitterfeld, der sich für sie einsetzen sollte, lehnte das ab! Wahrlich, ein sauberer Vertreter der Arbeiterinteressen.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001 Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Funktionärsitzung. Distrikte 11, 12, 13, 13a und 22, Dienstag, 7. August, abends 8 Uhr, bei Thate, Berliner Straße.

Alle Kommunisten in der AfA. sowie im ZdA. erscheinen am Mittwoch, 8. August, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft" zu einer **wichtigen Besprechung.**

Halle-Saalkreis

Ammendorf. Mittwoch, 8. August, abends 8 Uhr, im „Elstertal": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Dienstag, 7. August, abends 7 Uhr, im „Fürst Bismarck": **Sitzung aller kommunistischen Kartelldelegierten.**

Zschornewitz. Mittwoch, 8. August, abends 7½ Uhr, im „Kolonie-Gasthof": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Delitzsch

Eilenburg. Mittwoch, 8. August, abends 8 Uhr: **Kartellsitzung.** Thema: Genossenschaftswesen.

Kreis Merseburg

Merseburg. Dienstag, den 7. Aug., nachmittags 5 bis 6 Uhr: **Funktionäre Material abholen.**

Volkspark.
Dienstag:
13. Volkskonzert.
Anfang 8 Uhr. 3604

Geschäftsladen
mit Nebenraum wird zu mieten **gesucht.** Bedingung: Zentrum der Stadt in verkehrsreicher Geschäftsstraße. Ausführliche Angebote unter Nr 3605 an die Geschäftsstelle des **„Klassenkampf"** erbeten.

Fernruf 1224. **W.T** Fernruf 1224.

Walhalla-Lichtspiel-Theater
bringt ab **morgen Dienstag,** ein
Riesen-Doppelprogramm:
Betrüger des Volkes
Sittenschauspiel der Gegenwart aus den Machenschaften eines Wettkonzerns in 6 Akten. Bankerotte Adlige — der Hunger der Armen nach Geld, als dem Symbol des Glückes — die Weitsichtigkeit sorgender Liebe und die Niederträchtigkeit schurkischer Schmarotzer — ewig wiederkehrende Erscheinungen der menschlichen Gesellschaft zu allen Zeiten und bei allen Völkern — sind der Vorwurf dieses großen Sittenschauspiels.
Vorführung: 4.10 6.40 9.15.

Der gewaltige Sensationsfilm (5 Akte)
Die Todesspirale.
Der Todessprung Sansones.
In der Hauptrolle: 3608
Luciano Albertini.
Fabelhafte Sensationen — Atemraubende Geschehnisse.
Vorführung: 5.25 8.05. **Beginn: 4 Uhr.**

Sonntag, den 12. Aug. 1923, abends 7 Uhr, im Lokale des Gastwirts Herrn Max Lange in Unter-Teutschenthal:
Ausserordentl. Generalversammlung
der Mitglieder des Konsumvereins Teutschenthal und Umgegend.
Tagesordnung:
1. Vorlegung des Revisionsberichtes. 2. Statutenänderung der §§ 33 (Erhöhung des Geschäftsanteils), 10, Abs. 1 und 5 betr. Eintrittsgeld u. Erhöhung der Haftsumme) 3. Genossenschaftliches.
Der Aufsichtsrat des Konsumvereins Teutschenthal und Umgegend.
E. G. m. b. H. *432
Franz Schuster. Vorsitzender.

Ansichtspostkarten empfehlen die Volksbuchhandlungen

Ab 7. August sucht Künstlerpaar **möbliertes zweibettiges Zimmer.** — Ferner ab 1. September für Artisten **6—8 möblierte Zimmer, ein- und zweibettig,** zu mieten gesucht. Offerten und Adressen sind abzugeben für „Fred Landerer", im Volksparkbureau. 3607

Unterstützt euer Organ, den „Klassenkampf".

Eisleben.

Arbeitsamt Eisleben
Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Gewerbliche Abteilung.
a) Arbeitsuchende: Arbeiter, jüngere und ältere, Bergarbeiter, Buchdrucker, Bureaugehilfen, Kontoristen, Schriftsetzer
b) Offene Stellen: Bäcker, Tischler, ältere, Schlosser, jüngere.

Landwirtschaftliche Abteilung.
a) Arbeitsuchende: Gutssekretär, led., Schweizer, verh., Schweizer, led., Gärtner, verh.
b) Offene Stellen: Kuhfütterer, jüng., Tagelöhnerfamilien mit Hofgängern, Geschirrführer, led.

Berufsamt.
a) Stellensuchende: Elektrolehrling.
b) Offene Stellen: Kaufmännische Lehrlinge, Malerlehrlinge.

Weibliche Abteilung.
a) Arbeitsuchende: Arbeiterinnen, Frauen für Bureaureinigen, Bureaugehilfin (Anfängerin), Glanzplätterin, Kochlehrlinge, Lehrstütze, Stütze, 28 J., nach auswärts, Verkäuferinnen, Waschfrauen.
b) Offene Stellen: Aufwartungen, Dienstmädchen, Frau f. Bureaureinigen, Gärtnerin, Hausmädchen für Güter, Kontoristin, perfekt i. Maschinenschreiben, Küchenmädchen für Hotel, Mädchen für Haus- und Stallarbeit, Mamsells für Güter, Scholarin für Gut, Weißstickerin, perfekte Weißnäherin, bessere Wirtschafterinnen 562

Bekanntmachungen.

Ab 1. August 1923 können die Markenabschnitte August 1923 A und August 1923 B mit je einem Pfund Mundzucker und der halbe Kopf der preußischen Zuckerkarte mit einem Pfund Einmachezucker beliefert werden. Im Ganzen also drei Pfund. Das eine Pfund Einmachezucker ist auf die linke Hälfte des Kopfes der Zuckerkarte, der die Worthälfte „Zucker" enthält, abzugeben.

Magdeburg, den 30. Juli 1923
Zuckerkontrollstelle Magdeburg.

Veröffentlicht.
Eisleben, den 2. August 1923.
560 **Der Magistrat.**

In Abänderung der Veröffentlichung des Magistrats vom 2. August 1923 wird Nachstehendes gemäß Beschluß der Ortskohlenstelle infolge Erhöhung der Kohlenpreise festgesetzt:

§ 1. Bei Abgabe an Verbraucher dürfen für Braunkohlenbriketts, die mit der Bahn ankommen, folgende Preise je Zentner nicht überschritten werden: a) ab Bahnlager des Händlers oder ab Bahnwagen in Fuhren und im Kleinverkauf je Zentner 170 000 Mk., b) ab Stadtlager des Händlers im Kleinverkauf und in Fuhren je Zentner 180 000 Mk.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen § 1 werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 3. Vorstehende Höchstpreise treten mit dem 3. August 1923 in Kraft. Der Höchstpreis der letzten Verordnung wird gleichzeitig aufgehoben.

Eisleben, den 3. August 1923.
559 **Der Magistrat.**

Brotpreis betreffend.

Vom 6. d. M. an — Brotmarke mit 1 Strich — betragen die Preise für Markenbrot und -Mehl in der Stadt Eisleben: 10 900 Mk. für 1500 Gramm Schwarzbrot, 16 300 Mk. für 2 700 Gramm Schwarzbrot, 2 600 Mk. für ein Pfund Brotmischmehl.

Im übrigen siehe die am Rathaus ausgehängte Preisanordnung.

Eisleben, den 2. August 1923.
561 **Der Magistrat.**

U.T Leipziger Straße 88
Viggo Larsen i. dem Sittenfilm
Das Mädchen ohne Gewissen
Police 1111
Sensationsfilm in 3 Akten.
Regie: Harry Piel.
Beginn 4 Uhr.

U.T Alte Promenade 11a
Das hervorrag. Filmwerk
Die Kette klirrt
5 Akte [3609
Ein weißer Othello
Lustspiel i. 2 Akten
Beginn 4 Uhr.

Produktiv-Genossenschaft
Halle a. d. S. Lerchenfeldstr. 14
sucht per sofort **Genossen,** der mit **seiner Frau un ere Restauration übernimmt.** In Frage kommt nur, wegen Wohnungsverhältnissen, in Halle Wohnender Funktionär der Partei bevorzugt. Nähere Bedingungen einzusehen und Meldungen erbeten bis Mittwoch, den 8. 8. 23 beim Geschäftsführer **Dippe,** Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 29.

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlung.

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerin
für **Roitzsch** für sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich melden beim Genossen **Rich. Henze,** Weststr. 15.

Zeitungsträgerin
für **Gräfenhainichen** für sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen **Müller,** Gräfenhainichen, Wittenberger Straße 61, melden.

Zeitungsträgerin
für **Höhnstedt** für sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich melden beim Genossen **Albert Henze** in Höhnstedt.

Wer erteilt Unterricht in **russischer Sprache?** 3605
Gefl. Angebote an **A. Kersten,** Ludw.-Wuchererstr. 37.

Anständ. kinderl. Ehep. Bergm. s. Zimmer m. Kochgel. Off. u. Kl. 3606 an Exp. d. Bl.

Druck sachen
aller Art liefert zu zeitgemäßen Preisen die Abteilung Buch- und Kunstdruckerei der Produktiv-Genossensch. e. G. m. b. H. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045. 1047. 2251. — Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter.

Wittenberg.

Gas-Ecke.
Täglich werden die Folgen der Ruhrbesetzung und der Verlust Oberschlesiens für die allgemeine Wirtschaftslage sowohl wie für jeden Haushalt drückender Eine Kohlenpreiserhöhung löst die andere ab. Sparen heißt es überall, darum spare jeder seine Kohlen für den Winter auf und koche jetzt nur mit Gas. Die besten Gaskocher und Gasherde sind die wirtschaftlichsten und billigsten. Gas ist auch heute dreimal billiger als vor dem Kriege. Die Gasrechnung wird monatlich nachher bezahlt, die Kohlenrechnung sofort Wer nur Gas zum Kochen und Backen verbraucht, spart viel Geld. Auskunft wegen Anschaffung und Betriebskosten erteilen **Licht- und Kraftwerke Wittenberg,**
733 e. G. m. b. H., **Hallesche Str. 30.**

Die Schwierigkeit der Warenbeschaffung veranlaßt mich, mein Geschäft auch in dieser Woche wieder
nachmittags geschlossen
754 zu halten.
Farben-Thiele.

Kreis Liebenwerda.

Zigaretten-Angebot
Trotz der enormen Preissteigerung, bin ich in der Lage
Qualitäts-Zigaretten
zu billigsten Preisen fortlaufend an Wiederverkäufer zu liefern.
Karl Krawietz,
Bockwitz N.-L., Volkshaus. [*100

Geschäftsstelle und Redaktion „Klassenkampf" für **Wittenberg-Schweinitz** und **Torgau-Liebenwerda.**
Wittenberg, Juristenstraße 11
Telephon 329.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230806-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 6. August 1923.

Eine Stahlhelmschlacht im Thaliasaal

Mit Dolchen, Schlagringen und Revolvern.

Gestern hatte irgendein Bliemchenverein im Thaliasaal ein Vergnügen. Schon nachmittags versuchten mehrere Stahlhelmleute das Vergnügen zu stören. Sie wurden aber daran gehindert und aus dem Saale gewiesen. Gegen 11 Uhr abends kamen sie wieder und hatten zu ihrer Unterstützung starke Reserven herangezogen, die sich Ecke Geiststraße aufstellten. Zunächst wurden etwa acht Mann vorgeschickt. Als diese zurückgewiesen wurden, rückten etwa 60 Mann an, die den Thaliasaal zu stürmen versuchten, und dabei mit den verschiedenartigsten Mordwerkzeugen (mit schweren Knüppeln, mit Dolchen, mit Schlagringen und mit Revolvern) arbeiteten. Wie eine losgelassene wilde Bestie hauste diese fanatische Meute und schlug und stach alles nieder, was sich ihnen in den Weg stellte. Selbst die Fensterscheiben wurden von ihnen zertrümmert. Fünf Personen wurden durch Messerstiche schwer verletzt, andere wurden mit Stöcken, Schlagringen, Revolvern usw. niedergeschlagen.

Während die Schlägerei noch im besten Gange war, kam Sipo in zwei Lastauto angerückt und griff ein. Sie nahm aber nicht die Stahlhelmleute, die widerrechtlich in das Lokal eingedrungen waren, mit zur Wache, sondern mehrere Vereinsmitglieder, darunter auch diejenigen, die durch Messerstiche schwer verletzt worden waren.

Dieser Ueberfall faszistischer Terrortrupps auf einen kleinbürgerlichen Verein zeigt, daß die faszistischen Organisationen einen Schritt weiter nach vorwärts tun und überall, wo sie Arbeiter antreffen, diese angreifen und niederschlagen. Sie machen dabei jetzt schon gar keinen Unterschied, ob es sich um Arbeiter, die aktiv am Kampfe teilnehmen, handelt, oder um Arbeietr, die allen Kämpfen des Proletariats passiv gegenüberstehen. Es wird wohl niemand behaupten, daß der Bliemchenverein eine Kampforganisation des Proletariats gegen den Faszismus ist. Und dennoch haben die Faszisten diesen Verein überfallen und mehrere Personen durch Messerstiche schwer verletzt.

Die Arbeiter müssen auch hieraus lernen. Sie müssen sich überall zusammenschließen, und der faszistischen Gewalt die proletarische Gewalt entgegensetzen.

Zum hallischen Mieter-Abwehrstreik

Vom Mitteldeutschen Mieterverband ging uns heute eine längere Zuschrift zu, die wir jedoch aus technischen Gründen erst morgen zum Abdruck bringen können. Es kann keinesfalls die Rede davon sein, daß der Abwehrkampf der organisierten hallischen Mieterschaft nicht wirksam geworden ist. Im Gegenteil. Der einmütig beschlossene Kampf wird mit äußerster Konsequenz durchgeführt. Voraussichtlich finden am Donnerstag zwischen den Vertretern des hallischen Haus- und Grundbesitzervereins, der Mieterorganisation und dem Magistrat Verhandlungen statt. An demselben Tage wird der Mieterverbandsvorstand mit den Vertretern des hallischen Mietervereins zusammentreten und Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen nehmen. Bis dahin heißt es, den aufgezwungenen Kampf mit aller Energie fortzusetzen, ein Zurückweichen kann es nicht geben.

3000 Mark Stundenlohn

Die Loofah-Fabrik, Kronprinzenstraße 4, dürfte wohl in ganz Halle die niedrigsten Stundenlöhne zahlen. Dort bekommen die Arbeiterinnen heute noch einen Stundenlohn von sage und schreibe 3000 Mk. In dieser Woche will der Unternehmer 50 Prozent mehr zahlen, also 4500 Mk. Wenn die Mädchen und Frauen ein Pfund Margarine kaufen wollen, dann müssen sie über eine Woche arbeiten, etwa 50 Stunden. Denn die Margarine kostete gestern 225 000 Mk., in einigen Geschäften sogar bis zu 250 000 Mk. Vor drei Wochen bekamen die Arbeiterinnen noch 500 Mk. Das Geschäft ist natürlich nicht in der Lage, höhere Löhne zu zahlen, so wird den Arbeiterinnen wenigstens immer erklärt, wenn sie höhere Forderungen stellen. Die Warenpreise der Firma aber gehen mit den übrigen Preisen mit. So kosten ein Paar Badeschuhe heute 2 bis 3 Millionen Mark. Die Arbeiter aber sollen, wenn sie ein Pfund Margarine kaufen wollen, sechs Tage schuften. Vor einigen Tagen haben sich alle Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Es ist nun Sache der Organisation, die Firma zu zwingen, den Teuerungsverhältnissen entsprechende Löhne zu zahlen.

Eine Frauenzulage für Schwerkriegsbeschädigte

Die Versorgungsämter sind zurzeit mit der Umrechnung der Renten für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nach dem neuen Abänderungsgesetz beschäftigt. Es wird mit allen Mitteln darauf hingewirkt, daß die Umrechnungen möglichst bis Ende September d. J. durchgeführt sind. Nach dem Abänderungsgesetz zum Reichsversorgungsgesetz erhalten die verheirateten Schwerbeschädigten (d. h. die Beschädigten, deren Erwerbsfähigkeit infolge Dienstbeschädigung um mindestens 50 Prozent gemindert ist) und die verheirateten Kapitulanten, die eine Dienstzeitrente von mindestens 50 Prozent der Vollrente beziehen, zu ihren Versorgungsgebührnissen vom 1. Januar 1923 ab eine Frauenzulage. Diese Frauenzulage kann bei der von den Versorgungsämtern vorzunehmenden Umrechnung der Versorgungsgebührnisse nur dann sofort berücksichtigt werden, wenn der Versorgungsberechtigte durch eine amtlich beglaubigte Bescheinigung den Nachweis erbringt, daß er verheiratet ist und daß seine Frau lebt. Bescheinigungen in einfachster Form auf Postkarte in nachstehendem Muster genügen. Die Richtigkeitsbescheinigungen können von jeder Zivil- oder Militärbehörde und von jeder Person vorgenommen werden, die zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigt ist. (Polizeiverwaltung, Gemeindevorsteher usw.) Die Richtigkeitsbescheinigungen erfolgen kostenfrei.

Muster:

(Ort) ...., (Datum) ......

Ich bin seit .... verheiratet. Meine Frau lebt. Die Richtigkeit beglaubigt

(Dienstsiegel) (Vor- und Zuname deutlich schreiben)

(Name)

Stammkarten-Nr. ......

(Dienststellung) Geschäftszeichen ....

Ferner müssen die betreffenden Versorgungsberechtigten, soweit sie ein Einkommen aus öffentlichen Mitteln für eine Tätigkeit im Dienste des Reichs, der Länder, der Gemeinden, im Kirchendienst und im Dienste der Reichsbank, oder für eine Tätigkeit bei den Einrichtungen der Reichsversicherung, bei Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern, den Krankenkassen, den Berufsgenossenschaften und bei sonstigen Einrichtungen, deren Betriebsmittel ganz oder zum Teil (wenn auch nicht als reine Reichs-, Landes- oder Gemeindegelder, so doch ihrer Natur nach) aus öffentlichen Mitteln bestritten werden, eine Bescheinigung darüber beibringen, wie hoch ihr Jahreseinkommen im Jahre 1922, oder wenn dieses nicht bekannt, des Jahres 1921 gewesen ist. Empfänger einer Pflegezulage sind von der Beibringung dieser Bescheinigung befreit.

*** Für den Kampffonds gegen Hunger, Faszismus und Kriegsgefahr** wurden auf Liste 16 958 und 16 957 225 000 Mark gesammelt.

Funktionärsitzung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

In einer sehr gut besuchten Funktionärsitzung gab zunächst der Kassierer Kollege Heyne den Kassenbericht. Die furchtbare Geldentwertung und die ungenügende Beitragsleistung der Mitglieder hatte zur Folge, daß sich der Kassenbestand der Lokalkasse gegenüber dem vorhergehenden Quartal um 1 000 000 verringert hat. Die bisher den Kurzarbeitern und Kranken gewährte freie Beitragsmarke kann nicht beibehalten werden.

An den Bericht schloß sich eine rege Aussprache der Funktionäre an. Die Funktionäre waren einmütig der Auffassung, daß die Beschlüsse des Verbandstages und Beirates (einen Stundenverdienst als Wochenbeitrag abzuführen) unbedingt eingehalten werden müssen. Die Durchführung ist durch eine dauernde Buchkontrolle in den Betrieben zu überwachen. Von verschiedenen Kollegen wurde ein schärferes Vorgehen gegen unorganisierte Kollegen verlangt. Bei der Gewinnung neuer Mitglieder sollen die Jugendlichen und Lehrlinge besonders berücksichtigt werden. Ferner soll darauf Wert gelegt werden, daß die Kollegen politisch organisiert und Leser der Arbeiterpresse sind.

Folgende Anträge wurden fast einstimmig angenommen:

„Die bisherige Gratismarke für Kranke und Arbeitslose wird ab 1. August abgeschafft."

„Durch die Ortsverwaltung wird eine Buchkontrolle aller Mitglieder vorgenommen. Die Kollegen, die ihrer Beitragspflicht nicht genügt haben, müssen die fehlenden Beträge ab 1. Juli nachzahlen."

Die Höhe der Beitragsmarken für die nächste Woche soll betragen: Klasse 1: 50 000 Mark, Klasse 2: 40 000 Mark, Klasse 3: 30 000 Mark, Klasse 4: 20 000 Mark, Klasse 5: 10 000 Mark, Klasse 6: 5000 Mark, Klasse 7: 300 Mark. Von der Ortsverwaltung herausgegebene Lohntafeln sollen in Zukunft zum Selbstkostenpreis an die Vertrauensleute des Verbandes abgegeben werden.

Ueber die Lohnverhandlungen teilte Kollege Gröbel etwa folgendes mit: Die am Montag, dem 30. Juli 1923, vor dem Schlichtungsausschuß geführten Lohnverhandlungen hatten folgendes Ergebnis: Der bis zum 28. Juli gültige Grundlohn von 22 800 Mark wird auf 30 000 Mark erhöht. Zu diesem Grundlohn kommt für die Lohnwoche vom 29. Juli bis 4. August der Reichsindex (81,7 Prozent), so daß für diese Lohnwoche der Mindestlohn für den über 23 Jahre alten Facharbeiter 54 500 Mark beträgt. — Obgleich dieser Schiedsspruch einstimmig gefällt wurde, haben die Unternehmer nach Bekanntwerden des Reichsindex die Erklärungsfrist bis Montag, den 6. August, verlängern lassen. Nach einer vorläufigen Vereinbarung erhalten die Metallarbeiter Freitag oder Sonnabend den alten Lohn, dazu eine Abschlagszahlung von 1 000 000 Mark. Der Schiedsspruch sieht weiter vor, daß in den nächsten vier Wochen der Index prozentual auf den Grundlohn aufgeschlagen wird, jedoch können in der dritten Woche beide Parteien neue Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß beantragen. Die Abschlagszahlung ist so geregelt, daß die Kollegen in Zukunft mit der Löhnung zugleich einen Vorschuß in Höhe von rund drei Tagen Verdienst erhalten.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Fraktion der Bauarbeiter. Dienstag, den 7. August, abends ½8 Uhr, im „Volkspark", Mittelzimmer, wichtige Sitzung. Verbands- und Parteibuch sind mitzubringen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Am Montag, dem 6. August, nachmittags 4 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft", Lerchenfeldstraße 14, Versammlung der Gemeindearbeiter. Bericht über die Lohnverhandlungen. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

*** An die verkehrte Adresse** kam am Donnerstagabend ein Stahlhelmlümmel. Eine Frau hatte beobachtet, wie er einen vor dem „Neumarktschützenhaus" spielenden Jungen mißhandelte und in den Hausflur zu zerren versuchte. Die Frau stellte den Stahlhelmerich zur Rede, worauf dieser, der ja mit zu den „Gebildeten" gehören will, erwiderte: **„Du Drecklappen, Du hast hier gar nichts zu melden!"** Als er zu einem tätlichen Angriff auf die Frau übergehen wollte, nahm diese ihren Marktkorb und wehrte den Lümmel so energisch ab, daß er schrie und eiligst die Flucht ergriff. In dem Handgemenge hatte er mehrmals versucht, einen — Revolver zu ziehen. Die Frau jedoch ließ ihn gar nicht zur Besinnung kommen.

*** Ortsleitung.** Die für heute angesetzte Ortsleitungssitzung fällt aus und findet am Mittwochabend statt. Alles muß pünktlich zur Stelle sein.

*** Die Zentralbibliothek Halle,** Burgstraße 27 (Volkspark), ersucht die Genossen von Büschdorf, Dölau, Wettin, Könnern und Landsberg, die entliehenen Wanderbibliotheken umgehend zurückzuliefern. Die Buchhändler-Schlüsselzahl beträgt jetzt 70 000, die Einschreibegebühr also für jeden Leser 5 Pf. × 70 000 = 3500 Mark.

*** Druckfehlerberichtigung.** In dem Artikel „Freigewerkschaftlicher Selbstschutz" muß es in der Sonnabend-Ausgabe in dem letzten Absatz natürlich heißen: „Während sich die **KPD.-Genossen ....**" und nicht: „Während sich die VSPD.-Genossen ...."

*** Geld gefunden.** Wer hat am Sonnabend mittag in der Kleinen Ulrichstraße Geld verloren? Abzuholen in der Redaktion des „Klassenkampf".

Theater und Konzerte

Arbeiter-Bildungsausschuß. Das nächste Volkskonzert findet morgen (Dienstag) abend, 8 Uhr, im „Volkspark" statt. Der Eintrittspreis beträgt diesmal 5000 Mark, Abonnenten zahlen 2000 Mark nach.

Filmnachrichten

Im Walhalla-Theater läuft ein Film „Der falsche Dimitry", der ein Bild aus der russischen Zarengeschichte bringt. Er zeigt den Despotismus der Zaren und die Cliquen, die sich gegenseitig um den Zarenthron bekämpfen. Nur hält sich der Film nicht streng an die Geschichte. Hier wird „Der falsche Dimitry" als ein Mensch hingestellt, der an seinen Anspruch auf den Zarenthron glaubt, während nach der Geschichte Dimitry ein Betrüger war. In den Harold-Lloyd-Filmen hat man schon viel Geist- und Inhaltloses gesehen, soviel wie in dem Film „Harold Lloyd auf dem Maskenball" wirklich noch nicht.

U.-T. Leipziger Straße. Der Harry-Piel-Film „Die Police 1111" hat ein den sonstigen Filmen dieser Firmen verändertes Gepräge. Wenn es auch ohne einigen akrobatischen Kunststücken nicht abgeht, so treten sie doch gegen die kriminalistischen Handlungen in den Hintergrund. Der Film bringt gute Aufnahmen aus dem Gebirge. — „Der Mensch ist gut, wenn er glücklich ist." Diese Ansicht eines Genießers wird in dem Film „Das Mädchen ohne Gewissen" Lügen gestraft. Der Film zeigt die Leichtlebigkeit eines jungen Mädchens, das nur zum Glücklichsein erzogen worden ist, und die nach mancherlei Liebschaften doch in dem Hafen der „glücklichen Ehe" landet.

Modernes Theater. Die Hauptnummer des Augustprogramms führt den Besucher in das Reich der Hypnose. Erna Aria zeigt im Trance-Zustand starkes schauspielerisches Können. Hanns Rupprecht hat als Ansager eine besondere Note, er stellt die einzelnen Künstler in Versform vor. In seinen Vorträgen hält er sich, sehr im Gegensatz zu anderen Künstlern, vom Nationalismus fern. Ein alter Bekannter, das frühere Mitglied des hallischen Stadttheaters, Kurt Schreiber, bringt mit seiner sonoren Baßstimme einige Lieder zu Gehör. Die Leistungen der Akrobaten sind beachtenswert.

Nietleben. Warnung. Der frühere Parteigenosse Karl Zimmermann aus Nietleben ist von der Ortsgruppe Nietleben aus der Partei ausgeschlossen worden. Zimmermann gibt sich immer noch als Parteigenosse aus. Wir warnen vor ihm.

Schlettau. Der „beleidigte" Gemeindevorsteher. Im April 1922 hatte der Gemeindevorsteher Schmidt (VSPD.) von den Beständen des Rittergutsbesitzers Otto aus Passendorf etwas für sich „expropriiert", entgegen der offiziellen Stellung der VSPD., die das Eigentum der Kapitalisten schützt. Die Sache kam ans Tageslicht und auch der Landrat erhielt davon Kenntnis. Schmidt sollte nun vor Gericht den Beweis erbringen, daß das nicht wahr ist, was sich die Einwohner in Schlettau erzählen. Er verklagte deshalb zwei Schlettauer Arbeiter wegen Beleidigung. Das Gericht jedoch war nicht der Meinung, daß die Arbeiter den Gemeindevorsteher beleidigt haben sollten, weil sich herausstellte, daß Schmidt sich tatsächlich Düngemittel angeeignet hatte, und sprach hierauf die beiden Arbeiter frei. Der „beleidigte" Gemeindevorsteher wurde zur Tragung der Kosten verurteilt.

Aus der Provinz

Haussuchung in der Magdeburger „Tribüne"

Sonnabend vormittag gegen 11 Uhr erschien in den Geschäftsräumen der „Tribüne" ein Aufgebot von Kriminalbeamten, um eine Haussuchung vorzunehmen. Es handelt sich um ein angeblich von der KPD. hergestelltes Flugblatt an die Reichswehrsoldaten. Wegen dieser Angelegenheit ist bereits ein früherer Reichswehrsoldat in Untersuchungshaft genommen worden. Die Polizei glaubte, durch eine umfangreiche Haussuchung einen guten Fang machen zu können. Die Kriminalbeamten fanden natürlich trotz eifriger Durchsuchung aller Kästen, Schubläden und der verborgensten Winkel nichts, so daß sie unverrichteter Sache wieder abziehen mußten.

Jeder blamiert sich eben, so gut er kann.

In folgendem soll kurz ausgerechnet werden, was diese Aktion dem Steuerzahler, also der arbeitenden Bevölkerung gekostet hat: Sieben Kriminalbeamte à zwei Stunden gleich 910000 Mk., Arbeitslohn für einen Schlosser zum Aufbrechen eines verschlossenen Schreibtisches gleich 90000 Mk.; insgesamt also 1000000 Mk.

Oranienbaum (Anhalt). Mißglückte Stahlhelmgründung. Die Stahlhelmriche von Dessau und Wörlitz versuchen sich jetzt auch in der Umgebung von Golpa-Zschornewitz breitzumachen. Mittwoch, den 1. August, sollte eine Gründungsversammlung in Oranienbaum stattfinden. Die Leutchen hatten aber die Rechnung ohne die Kommunisten von Zschornewitz-Golpa gemacht. 160 bis 170 Genossen hatten nicht das Fahrgeld gescheut, und trafen zur rechten Zeit in Oranienbaum auf dem Bahnhof ein. Der Ordnungshüter daselbst sperrte Mund und Nase auf, als soviel Arbeiter den Bahnsteig bevölkerten. Einen Heiterkeitsausbruch löste es aus, als er mit bewundernswerter Fixigkeit auf einen der Stadt zurollenden Wagen kletterte, um schneller von Dessau telephonisch Schupo anfordern zu können. Dreiviertelstunde später kamen acht Schupobeamte, aus ihrer Ruhe gestört, per Rad angeflitzt. Die Genossen formierten sich zu einem Zuge und marschierten nach dem Versammlungslokal. Dort waren kurz zuvor von Dessau und Wörlitz mittels Auto und Motorrädern zirka 20 Oberstahlhelmriche eingetroffen. Hohnlächelnd betrachteten unsere Genossen die bestürzten Gesichter dieser Faszistenhäuptlinge. Das Spießertum hatte auch nicht den Mut, die Versammlung zu besuchen; sicher waren sie von der Idee befangen, um 9 Uhr beginne die Revolution (bei schlechtem Wetter im Saale!). Der Einberufer der Versammlung, ein tapferer Oranienbaumer ehemaliger Offizier (Offiziere sind immer tapfer), glänzte durch Abwesenheit. Rat- und tatlos umstanden die armen Hascherl den Schanktisch; am liebsten wären sie verduftet. Leider standen aber in den Türen zu viel Kommunisten. Als es unseren Genossen doch zu lange dauerte, forderten sie kurz entschlossen diese Helden auf, die Versammlung unter allen Umständen stattfinden zu lassen. In wenigen Minuten war ein Versammlungsbureau gewählt und, wie die bösen Kommunisten einmal sind, auch zur Hälfte von Stahlhelmrichen besetzt. Das Theater konnte beginnen. Ein Herr Hase aus Dessau entwickelte Zweck und Ziele des Stahlhelmbundes. Es wäre eine Organisation von Frontkämpfern, nicht Etappenschweinen, wie er sich wörtlich ausdrückte; geschaffen, die Kameradschaft zu pflegen und sich gegenseitig zu helfen, das Deutschtum zu fördern und Deutschland vom Erbfeind zu befreien. Nicht gern, aber aus Liebe zum Vaterland, sich immer der verfassungsmäßigen Regierung zur Verfügung zu stellen. Politisch sei der Stahlhelmbund völlig neutral. „Fuchs, die hingen die Trauben wohl zu hoch?" In Bayern hätten diese Herren wohl andere Töne geschwungen. In der Diskussion rechnete unser Genosse Müller gründlich mit den Stahlhelmleutchen ab; diese Antwort stecken sich die Herren sicher nicht hinter den Spiegel. Imponierend wirkte die eiserne Disziplin unserer Genossen, keine, auch nicht die geringste Anpöbelei war zu verzeichnen, trotz unserer erdrückenden Mehrheit. Infolge der vorgerückten Zeit, um nicht den letzten Zug zu verpassen, wurde stehend die Internationale gesungen und mit einem Hoch auf die Weltrevolution leerte sich der Saal. Die Stahlhelmgründung war für diesen Abend ins Wasser gefallen. Merkt Euch, Ihr Faszisten, in der Umgegend von Zschornewitz-Golpa ist für den Stahlhelmrummel nicht gerade ein günstiger Boden. Wollt Ihr ein Tänzchen wagen, wir Kommunisten spielen Euch auf!

Stendal. Landarbeiterstreik. Im Kreise Osterburg sind die Landarbeiter in den Streik getreten. Die Lage ist dort außerordentlich ernst. Die bürgerliche und VSPD.-Presse schweigt über den Streik. Das Gerücht, daß der Führer der Alldeutschen, Rittergutsbesitzer Höjch, Neukirchen, von den Landproleten erschlagen ist, scheint sich nicht zu bewahrheiten. Der Kreis Osterburg gilt als eine der schwärzesten Ecken der Altmark.

Provinz-Chronik

Lauscha. Beim Absturz vom Dache erlitt der Dacharbeiter Krause den Tod. — **Trebitz.** Der 23jährige Arbeiter Otto Wilke aus Zörnitz wurde auf Johannashall von einem stürzenden Balken erschlagen. — **Gräfenhainichen.** Der lebensmüde Arbeiter Gottfried Jakob band ein schweres Stück Beton an seinen Hals und ertränkte sich sodann. — **Naumburg.** In beträchtlicher Erregung strebte ein junges Mädchen am Anger der Saale zu, brach aber noch rechtzeitig ohnmächtig zusammen und entging so dem Tode des Ertrinkens. — **Delitzsch.** Beim Baden im Werkstättenteich ertrank die 23jährige Pelznäherin Charlotte Grünwald vor den Augen ihres Verlobten. — **Blumberg.** Die Arbeiterfrau Meier fiel in eine Jauchengrube und erstickte. — **Gispersleben-Viti.** Weil seine Logiswirtin, Witwe Karoline Jünge, von der einst verheißenen Heirat nichts mehr wissen wollte, machte der Arbeiter Emil Wurmstich dem Verhältnis ein blutiges Ende, indem er die Frau mit drei Schüssen (ohne Lebensgefahr) durchlöcherte und sich mit einem vierten tötete. — **Cattenstedt.** Im Sägewerk flog dem Arbeiter Wutz ein Stück Holz von der Kreissäge an den Kopf und tötete ihn.

Aus der Jugendbewegung

An alle Mitglieder der Betriebszelle Anilin, Wolfen!

Genossen! Umstände halber konnte die letzte Versammlung nicht stattfinden. Allen Mitgliedern deshalb zur Kenntnis, daß die nächste Versammlung bestimmt Mittwoch nachmittag 4 Uhr in Schmidts Lokal, Greppin, stattfindet. Auch sämtliche Mitglieder der KJ., die in der Filmfabrik beschäftigt sind, haben zu erscheinen. Sämtliche Funktionäre werden ersucht, schon Dienstag 4 Uhr zur Funktionärsitzung zu erscheinen.

Auf, Genossen! Erfüllt Eure Pflicht als Jungkommunisten erscheint pünktlich. Es gilt die ungeheure Arbeit, die vor uns liegt, zu erledigen. **Die Zellenleitung. Die Bezirksleitung.**

Arbeiter-Sport

Achtung, Vereinsleitungen. Alle Vereine, welche Interesse am Austragen der Serienspiele haben, werden ersucht, zu einer Besprechung am Montag, dem 6. August, abends 7 Uhr (vor der Bezirkssitzung), im „Volkspark" zu erscheinen.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230806-11/fragment/page=0005

Die kommunistische Frau

Der Dollar steigt!

Mit ihm steigt die Not der Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Täglich erleben wir die Erhöhung der notwendigen Lebensmittel. In der letzten Zeit stiegen mehrmals am Tage die Preise für Margarine, Fett, Kohlen und alle übrigen Bedarfsgegenstände wie Kleidungsstücke, Wäsche usw. Diese sind für viele Arbeiterfamilien unerschwinglich teuer geworden. Vor den Lebensmittelgeschäften stehen die Frauen bei einander und jammern über die hohen Preise. Oft schimpfen sie über die Juden. Dabei haben wir so viel fromme Christen und Patrioten, die es sehr gut verstehen, das Volk bis aufs Mark auszusaugen.

Hungrige alte Leute trifft man; sie finden sich nicht mehr zurecht in dieser wahnsinnigen Welt. Sie haben ein arbeitsreiches Leben hinter sich, voll Not und Sorgen. Anstatt ihren Lebensabend sorgenfrei und in Ruhe genießen zu können, müssen sie ihre Mitmenschen anbetteln um ein Stück Brot oder ein Stück Kohle. Das sind furchtbare Anklagen gegen die heutige Gesellschaft! Zu allem Elend die große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in allen Städten und in allen Industriezweigen. Der Reallohn des Arbeiters sinkt bei jeder Lohnerhöhung. Es steigt wohl die Zahl der Papiermark bei der Lohnzulage, aber kaufen kann man immer weniger dafür.

Arme Hausfrau, die mit dem Gelde „wirtschaften" muß. Der Mann quält sich eine Woche um den Lohn, die Frau rechnet und zählt am Lohntag. Das Geld ist bald ausgegeben und notwendige Anschaffungen konnten nicht gemacht werden.

Auf der andern Seite waren die Profite der Wucherer und Schieber noch nie so hoch. In teueren Badeorten, in Cafés und Weindielen schlemmen sie. Sie wollen nicht die Not des Volkes sehen, nicht das Elend der heranwachsenden Jugend und nicht die bleichen Gesichter der hungrigen Alten. Die Sorgen der Reichen sind anderer Art: Sie wollen sich gegenseitig überbieten in Eleganz und Luxus. Darum sollten sich die Frauen des arbeitenden Volkes, für die der Kampf ums tägliche Brot so hart ist, fragen, **woher kommt die große Not und wie ist sie zu beseitigen?**

Alle Mütter, denen die Ernährung ihrer Kinder soviel Sorge bereitet und die schelten, wenn die Kinder um Essen bitten und es ist nichts im Schrank, sollten sich überlegen, ob nicht eine Aenderung der bestehenden Zustände erfolgen kann. Die Frauen sollten sich mehr wie bisher um Wirtschaft und Politik bekümmern. Dann werden sie erkennen, wie notwendig es ist, daß auch die Frauen sich **einreihen müssen in die proletarischen Kampforganisationen.** Hier ist ihnen Gelegenheit geboten, gemeinsam mit ihren männlichen Klassengenossen zu kämpfen **gegen Ausbeutung und Elend, zum Wohl unseres heranwachsenden Geschlechts und der gesamten** Menschheit.

Berta Leffler.

Heraus mit den Opfern der Schandparagraphen!

In Hamburg hat sich eine Kommission zur Bekämpfung der Abtreibungsparagraphen gebildet, die aus parteilosen, sozialdemokratischen und kommunistischen Frauen besteht. Diese Kommission bemüht sich energisch, um in Hamburg die Amnestierung der wegen Vergehens gegen die §§ 218/219 im Gefängnis sitzenden Frauen durchzusetzen. Die Kommission hat an die Bürgerschaftsfraktionen der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien schon im Juni einen Brief gerichtet, in dem sie von den Fraktionen durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Abtreibungsparagraphen fordert. Sie fordert die Fraktionen auf, einen Antrag einzubringen, „daß alle Strafen wegen Abtreibung erlassen werden, ausgenommen die betreffenden Personen, die nachweisbar die Schwangeren ausgebeutet oder auszubeuten versucht haben. Alle schwebenden Strafverfahren sind gleichfalls in gleichem Sinne niederzuschlagen." Die Kommission schlägt vor, daß von der Bürgerschaft ein Ausschuß eingesetzt wird, der unter Hinzuziehung der Kommission die Akten der inhaftierten Frauen zu prüfen hat.

Weiter werden die beiden Arbeiterfraktionen ersucht, einen Antrag einzubringen, „der die sofortige Einrichtung von öffentlichen Beratungsstellen fordert, in den die Frauen sich unentgeltlich Auskunft über alle Fragen der Schwangerschaftsverhütung holen können. Diese Beratungsstellen sind mit vertrauenswürdigen Aerzten zu besetzen, die vom Staat besoldet werden, eventuell unter Hinzuziehung der Krankenkassen."

Die Abtreibungsparagraphen im „Reichsgesetz" können von den einzelnen Landesparlamenten nicht aufgehoben werden, den Landesparlamenten stehen aber Wege genug offen, um die Not der proletarischen Mütter und der wegen Vergehens gegen den § 218 inhaftierten Frauen zu lindern.

Es ist Aufgabe unserer Genossinnen, überall durch die Fraktionen unserer Landes- und Gemeindeparlamente dahin zu wirken, daß den Opfern der §§ 218/219 geholfen wird.

Jede Arbeiterin muß die kommunistische Zeitung lesen!

Der Lohn der Arbeiterin ist von Tag zu Tag weniger wert. Schon vor dem Krieg war er kläglich niedrig. Heute reicht er nicht mehr zum Allernotwendigsten. Die Arbeiterin müßte mindestens einen solchen Lohn haben, daß sie damit wie vor dem Kriege leben könnte. Wie erreicht sie das?

Sucht die Arbeiterin Antwort in der bürgerlichen Presse, die von Stinnes aufgekauft ist, so erfährt sie die guten Ratschläge der Kapitalisten. Die behaupten, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter in der großen Not Deutschlands keine Forderungen stellen dürfen. Jeder müsse Opfer bringen. Der Besitz sei schon so stark mit Abgaben belastet.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen müßten die Hauptlast der Reparationen an Frankreich auf sich nehmen. — Daher die Parole: Abschaffung des Achtstundentages, damit die Arbeiterinnen noch mehr schuften müssen! Abschaffung der Erwerbslosenunterstützung, weil sie dem Kapital keine Profite bringt! Abschaffung der Getreideumlage, damit der Brotpreis die wahnsinnige Teuerung aller anderen Lebensmittel mitmacht! Abbau der Zwangsmietenordnung, damit das Grund- und Häuserkapital freie Bahn für den ungeheuersten Mietswucher bekommt.

Was sagt der „Vorwärts" als Sprachrohr der VSPD.-Bonzenschaft? Und was sagen die anderen Zeitungen der Sozialdemokratie?

Sie erklären die notwendigen Streiks der Arbeiter und Arbeiterinnen um menschenwürdige Löhne für ungerechtfertigt, sie sabotieren die Kämpfe der Arbeiter um das tägliche Brot, sie verhöhnen Arbeiterdelegationen, die sich um Hilfe und Unterstützung an ihre Vertreter im Reichstag und in den Ministerien oder selbst an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wenden. Sie sagen ihnen, sie mögen sich zum Teufel scheren und sie nicht bei ihrer Arbeit stören!

Worin besteht diese Arbeit? Als Antwort auf den Schrei der Arbeiterschaft nach Löhnen, die mit der Teuerung Schritt halten, empfiehlt die sozialistische Presse — „Stabilisierung der Löhne". Die heutigen erbärmlichen Hungerlöhne sollen gesetzlich festgelegt werden! Diese Löhne haben nur noch ¼ bis ⅓ der Kaufkraft der Friedenslöhne; sie werden durch die stündlich steigende Teuerung unaufhaltsam weiter entwertet. Einen Friedensreallohn können nach der Meinung der VSPD. die Kapitalisten, die Valutaschieber nicht zahlen!

Was sagt die kommunistische Presse den Arbeiterinnen? Sie sagt: Ihr müßt Euch zusammenschließen zum Kampf für die Erhöhung der Löhne auf den Stand der Friedenslöhne. Ihr müßt durch die Kontrollausschüsse dafür sorgen, daß die Lebens- und Bedarfsmittel zu erschwinglichen Preisen an die Arbeiterschaft verkauft werden. Ihr müßt durchsetzen, daß die Reichen die Lasten der Reparationen aus ihrer Tasche bezahlen!

Heraus mit der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse aus den Händen der Arbeiterinnen!

Nur die kommunistische Presse vertritt rückhaltlos die Arbeiterinteressen.

Lest und verbreitet die kommunistischen Zeitungen!

Australische Arbeiterinnen solidarisieren sich mit ihren kämpfenden Schwestern in der Internationale

Im März d. J. tagte in Melbourne (Australien) ein Frauenkongreß der Arbeiterpartei von Australien, der von allen Staaten Australiens beschickt war. Die Arbeiterinnenorganisation von Queensland, die sich durch besondere Aktivität auszeichnet, brachte auf diesem Kongreß mehrere Resolutionen ein, die vom Geist der internationalen Solidarität durchdrungen sind. Diese Arbeiterinnen, die keine Kommunistinnen sind, sind ein lebendiges Zeugnis dafür, daß der Gedanke der internationalen proletarischen Einheitsfront marschiert.

Die angenommenen Resolutionen lauten:

1. Der Kongreß sendet den russischen Arbeiterfrauen die herzlichste Gratulation zur Erreichung der sozialen, ökonomischen Gleichheit und zu der Tatsache, daß die Kinderfürsorge und Kindererziehung die größte Beachtung des russischen Arbeiterstaates findet, und nicht, wie in allen kapitalistischen Staaten, aus Sparsamkeitsrücksichten abgebaut und eingeschränkt wird. Die Frauen, die auf diesem Kongreß durch ihre Delegierten vertreten sind, haben erkannt, daß nur dann, wenn die Arbeiterklasse selbst das Land und die gesamte Industrie, die Produktion und die Verteilung kontrolliert, sie und ihre Kinder den Platz in der Gesellschaft einnehmen, der ihnen gebührt.

2. Der Kongreß spricht den deutschen Arbeiterinnen, welche unter den furchtbaren Wirkungen des vereinigten Militarismus leiden, seine wärmste Sympathie aus. Er erinnert sie daran, daß die internationale Solidarität der Arbeiterklasse das einzige Mittel ist, um den jetzigen Zustand des Elends zu bekämpfen und ihm zu begegnen.

3. Der Kongreß sendet den japanischen Arbeiterfrauen brüderliche Grüße und bittet sie, daran zu denken, daß die internationale Solidarität der Arbeiterklasse der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen schlechten Gesellschaftsordnung ist, die immer wieder die widerstrebenden Arbeitersklaven durch falsche Vorwände zwingt, ihr Blut für ihre Ausbeuter zu vergießen.

4. Der Kongreß spricht seine wärmste Sympathie den Arbeiterfrauen Südafrikas aus, welche erst kürzlich während der häufigen Zusammenstöße mit der kapitalistischen Klasse soviel geleistet haben und bittet sie, in ihrem Elend daran zu denken, daß ihre Angehörigen nicht vergeblich gestorben sind, wenn wir alle den Grundsätzen des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse treu bleiben, für welche ihre Schwestern zum Tode durch die Flinte oder Galgen verurteilt wurden.

5. Der Kongreß sendet seine herzlichste Sympathie an die italienischen Arbeiterfrauen, die durch die wahnsinnigen Angriffe ihrer Bourgeoisie Unsagbares gelitten haben und er bittet sie, daran zu denken, daß die internationale Solidarität der Arbeiterklasse die einzige Hoffnung auf einen Ausweg aus dem Elend bietet.

6. Der Kongreß hat erkannt, daß es ein Verbrechen ist, Kinder zur Welt zu bringen, nur damit sie durch die Unterernährung und ihre Folgen zugrunde gehen. Er erklärt, daß es berechtigt und notwendig ist, jede Frau mit den Mitteln der Empfängnisverhütung bekannt zu machen, damit sie von der Last befreit werden, jedes Jahr ein Kind zur Welt zu bringen, und so Zeit gewinnen, sich in geistiger Hinsicht auszubilden und ihr Leben auch nach dieser Seite hin zu genießen.

7. Die Frauen von Queensland schlagen vor, daß der Kongreß ein Komitee wählt, das die Gesetze, Kinder und Frauen betreffend, nachprüfen soll und dann nötigenfalls zu einer Kampagne zu schreiten.

8. Die Frauen von Queensland schlagen vor, daß ein Komitee gewählt wird, das über die Frage diskutiert, wie man junge Frauen für das Studium der sozialen Fragen heranziehen kann. Das Komitee hat dem Kongreß über seine Arbeit zu berichten.

Aus der Frauenbewegung Japans

Von W. Casparowa.

In der Kommunistischen Partei Japans herrscht ein reges Leben unter den Frauen. In diesem Jahre wurde dort der Internationale Frauentag am 8. März feierlich begangen. Es wurde dazu ein spezielles Komitee gewählt, dem es oblag, die Internationale Frauenwoche vom 1. bis zum 8. März zu organisieren. Diese Genossen beschlossen, in fünf großen Städten öffentliche Versammlungen zu veranstalten und übersandten den Parteikomitees dieser Städte Instruktionen in bezug auf die Organisation der Versammlungen. Es wurde ferner beschlossen, mittels der Verlagsabteilung der Partei zum Internationalen Frauentag folgende Flugschriften und Aufrufe zu übersetzen und herauszugeben: „Rosa Luxemburg", „Klara Zetkin" und „Der Internationale Frauentag".

Die erste öffentliche Versammlung am 1. März in Tokio, die von über 1000 Personen besucht war, wurde von Anhängern der „Kokusuikaj" (japanische Faszisten) gestört. Die Polizei schloß die Versammlung und machte außerdem die Abhaltung weiterer Versammlungen in den andern Städten unmöglich. Auf diese Weise war es ausgeschlossen, das aufgestellte Programm durchzuführen. Aber in allen Städten hatten die Genossen Instruktionen erhalten, die vorbereiteten Aufrufe und Flugschriften zu verbreiten.

Die Frauenabteilung der Partei ist erst unlängst gegründet worden. Unter den Kandidatinnen der Partei gibt es mehrere Studierende der medizinischen Hochschule für Frauen. Nach Absolvierung der Schule beabsichtigen sie, sich Anstellungen zu verschaffen, die ihnen die Möglichkeit bieten würde, mit den Arbeiterinnen in enge Fühlung zu kommen, um auf diese Weise das Leben der Frauen an der Quelle studieren und diese Frauen in kommunistischem Geiste organisieren und aufklären zu können.

An Frauenorganisationen politischer Natur existieren in Japan: „Schinsin-Fudschin-Kiokaj" (Neue Frauengesellschaft) und die Frauenabteilung der Partei des Kakuschin-Klubs, der eine besondere Sektion unter dem Namen Liga des Frauenwahlrechts gegründet hatte. Im Februar nahm dieser Verband an einer großartigen Demonstration zugunsten des Wahlrechts teil und veranstaltete unter derselben Losung eine öffentliche Versammlung. Aber der Einfluß dieser Organisation erstreckt sich ausschließlich auf die Kleinbourgeoisie und bewegt sich in den Grenzen der Forderungen des Wahlrechts für Frauen. Jede der beiden obengenannten Organisationen zählt nicht mehr als 100 Mitglieder.

Die Frauen sind noch nicht in einzelnen Gewerkschaften organisiert. Im vergangenen Jahre haben die Kellnerinnen in Osaka, gegen 50 an der Zahl, mit Hilfe des Juaikai einen Kellnerinnenverband gegründet, der aber schon wieder aufgelöst worden ist. Zu Anfang März dieses Jahres haben 500 Weberinnen, die in einer Weberei in Osaka arbeiten, den Streik erklärt. Die Abteilung des Juaikai in Osaka unterstützt diesen Streik mit allen Kräften; sie hat die Mädchen aus dem Heim des Unternehmens, wo sie untergebracht waren, in andere Wohnungen übergesiedelt, um dem Unternehmen nicht die Möglichkeit zu geben, auf die Arbeiterinnen einzuwirken. Trotzdem endete der Streik nach zehntägiger Dauer mit einem Fiasko.

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

128 Von Charles de Coster

„Euer Gnaden", sagte Lamm, „das Eis in den Krügen taut auf, das Geflügel wird wieder zart; die Würste verlieren ihren Schimmel von Reif; die Butter wird weich, das Oel flüssig, das Salz rinnt. Es wird in Bälde regnen und wir werden gerettet sein, Euer Gnaden."

„Wer bist Du?" fragte Herr Worst.

„Ich bin Lamm Goedzak," antwortete er, „der Koch des Schiffes Briel. Und wenn alle die großen Gelehrten, so sich für Astronomen ausgeben, ebenso gut in den Sternen lesen, wie ich in meinen Brühen, so könnten sie uns sagen, daß es diese Nacht Tauwetter mit Sturmgebraus und Hagelschauern gibt. Aber das Tauwetter wird nicht andauern."

Und Lamm kehrte zu Ulenspiegel zurück, und um Mittag sprach er zu ihm:

„Ich prophezeie weiter: der Himmel wird schwarz, der Wind weht stürmisch, ein warmer Regen fällt; schon ist ein Fuß hoch Wasser auf dem Eise."

Am Abend rief er fröhlich aus:

„Die Nordsee schwillt, es ist Flutzeit. Die großen Wellen, die in den Zuydersee eindringen, zerbrechen das Eis, das in großen Stücken birst und auf die Schiffe springt. Es sprüht Lichtfunken: da kommt der Hagel. Der Admiral will, das wir uns von Amsterdamm zurückziehen, wenn wir soviel Wasser haben, daß unser größtes Schiff flott wird. Nun sind wir im Hafen von Enckhuysen. Das Meer gefriert von neuem. Ich bin ein Prophet, und das ist ein Wunder Gottes."

Und Ulenspiegel sprach:

„Wir wollen ihm zutrinken und ihn segnen."

Und der Winter ging vorüber und der Sommer kam.

19

Um die Mitte des August, wenn die körnersatten Hennen taub gegen den Lockruf des Hahnes bleiben, der ihnen seine Liebe trompetet, sprach Ulenspiegel zu seinen Matrosen und Soldaten:

„Der Blutherzog wagt in Utrecht ein segensreiches Edikt zu erlassen, das den Einwohnern der Niederlande, die sich nicht unterwerfen wollen, unter andern lieblichen Gaben Hunger, Tod und Verderben verheißt. Alles, was noch ganz ist, soll vertilgt werden, und Seine Königliche Majestät wird das Land durch Fremde bevölkern lassen. Beiß zu, Herzog, beiß zu! Die Feile zerbricht den Zahn der Vipern. Wir sind Feilen. Es lebe der Geuse!

„Alba, das Blut berauscht Dich! Wähnst Du, wir fürchten Deine Drohungen oder glauben an Deine Milde? Deine berühmten Regimenter, deren Loblied Du in der ganzen Welt sangest. Deine „Unbesiegbaren", Deine „Unveränderlichen", Deine „Unsterblichen" lagen sieben Monate vor Haarlem und beschossen die schwache, nur von Bürgern verteidigte Stadt. Sie haben gleich gewöhnlichen Sterblichen den Tanz der berstenden Minen in der Luft getanzt. Bürger machten ihnen Halskragen von Pech; am Ende siegten sie glorreich, indem sie die Entwaffneten erwürgten. Henker, hörst Du die Stunde der Vergeltung schlagen?

„Haarlem hat seine tapferen Verteidiger verloren, seine Steine schwitzen Blut. Es hat bei seiner Belagerung zwölfhundertachtzigtausend Gülden eingebüßt und ausgegeben. Der Bischof ist wieder eingesetzt. Mit flinker Hand und fröhlicher Fratze segnet er die Kirchen ein. Don Federigo ist bei diesen Einsegnungen gegenwärtig, der Bischof wäscht ihm die Hände, die Gottes Auge rot sieht, und er nimmt das Abendmahl in beiderlei Gestalt, was dem armen Volk nicht erlaubt ist. Und die Glocken läuten, und das Glockenspiel sendet seine ruhigen, wohlklingenden Weisen in die Luft: es ist wie Engelsang auf einem Friedhof. Auge um Auge! Zahn um Zahn! Es lebe der Geuse!"

20

Die Geusen waren derzeit in Vlissingen, wo Nele das Fieber bekam. Da sie das Schiff verlassen mußte, ward sie bei Peeters, einen Reformierten, am Turven-Kay untergebracht.

Ulenspiegel war sehr betrübt, aber doch froh in dem Gedanken, daß die spanischen Kugeln sie in dem Bett, darin sie ohne Zweifel genesen würde, nicht erreichen könnten.

Und mit Lamm war er immerwährend bei ihr, pflegte sie gut und liebte sie noch mehr. Und da schwätzten sie.

„Lieber und Getreuer," sprach Ulenspiegel eines Tages, „weißt Du die Kunde nicht?"

„Nein, mein Sohn," antwortete Lamm.

„Sahest Du das Vlieboot, das neulich zu unserer Flotte stieß, und weißt Du, wer dort alle Tage die

„Infolge der letzten Fröste bin ich auf beiden Ohren wie taub," sagte Lamm. „Warum lachst Du, mein Sohn?"

Aber Ulenspiegel setzte seine Rede fort:

„Einmal hörte ich sie ein vlämisches Lied singen und fand ihre Stimme lieblich."

„Ach," sprach Lamm, „auch sie sang und spielte die Laute."

„Weißt Du die andre Kunde?" fuhr Ulenspiegel fort.

„Ich weiß sie nicht, mein Sohn," antwortete Lamm.

Ulenspiegel entgegnete:

„Wir haben Befehl erhalten, mit unsern Schiffen die Schelde bis Antwerpen hinunterzufahren, um dort feindliche Schiffe zu nehmen oder zu verbrennen. Was die Männer betrifft, so wird kein Pardon gegeben. Was hältst Du davon, Dickwanst?"

„Ach," sprach Lamm, „werden wir in diesem traurigen Lande immer nur von Brennen, Henken, Ertränken und andern Hinrichtungen armer Menschen hören? Wann wird doch der gesegnete Friede kommen, da man ohne Sorge Rebhühner braten, Frikassées von Huhn bereiten, und in der Pfanne Würste zwischen den Eiern bruzzeln lassen kann? Ich mag die schwarzen lieber, die weißen sind zu fett."

„Diese holde Zeit wird kommen," antwortete Ulenspiegel, „wenn wir in den flandrischen Obstgärten an jedem Zweig der Aepfel-, Pflaumen- und Kirschbäume statt der Früchte einen Spanier aufgeknüpft sehen."

„Ach", sagte Lamm, „wenn ich nur meine Frau wiederfände, meine vielliebe, artige, geliebte, herzallerliebste, getreue Frau! Denn versteh mich recht, mein Sohn, ich bin kein Hahnrei gewesen und werde es nimmer sein; dazu war sie zu kühl und ruhig in ihrem Benehmen; sie mied die Gesellschaft der andern Männer. Wenn sie schönen Putz liebte, so war das nur aus weiblicher Neigung. Ich war ihr Koch, Bratenwender und Küchenjunge, das gestehe ich gern; warum bin ich es nicht wieder? Aber ich war auch ihr Herr und Ehemann."

„Genug des Redens," sagte Ulenspiegel. „Hörst Du den Admiral rufen: „Die Anker gelichtet!" Und nach ihm die Kapitäne dasselbe rufen? Wir müssen uns segelfertig machen."

„Weshalb gehst Du so schnell fort?" sprach Nele zu Ulenspiegel.

„Wir gehen zu Schiff," sagte er.

„Ohne mich?" fragte sie.

„Ja," sagte Ulenspiegel.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230806-11/fragment/page=0006
DFG

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus vom 1.—15. Aug 55000 M., durch die Post 55000 M. ohne Zustell-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg e.G.m.b.H. Halle, Leipzigerstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 4500 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 20000 M. für Reklame, ausschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1063 48. Fritz Kroß, Halle.

Einzelpreis 5000 Mk. | **Montag, den 6. August 1923** | **3. Jahrgang Nr. 181**

Gegen Revolver hilft kein Distutieren!

Der „Stahlhelm" überfällt einen Arbeiter-Vergnügungs-Verein

Am Anti-Fazistentag hat sich der „Stahlhelm" den Behörden zur Aufrechterhaltung von „Ruhe" und „Ordnung" zur Verfügung gestellt und, kaum glaublich, sozialdemokratische Beamte haben es zugelassen, daß der „Stahlhelm", die Organisation, die eine Zeitlang als republikfeindlich verboten war, verschiedentlich mit der Ausübung der Polizeigewalt betraut und zur Unterstützung der Polizei verwendet worden ist. In Halle konnte er seine Tätigkeit gegen den „Klassenkampf" sogar unter polizeilichem Schutz entfalten.

Der „Stahlhelm" von Delitzsch und Umgebung hatte bei Kattersnaundorf Straßenkontrollen vorgenommen, und jeden Passanten angehalten. Wie diese polizeiliche Hilfstruppe des Herrn Hörsing aussieht, zeigt folgender Geheim-Befehl, der von der Bezirksleitung des „Stahlhelm" der Ortsgruppe Güntheritz übersandt wurde:

(Geheim!)

An alle Stahlhelm- und Wehrwolfkameraden!

Um etwaigen Ueberfällen und Plünderungen anläßlich des am Sonntag, dem 29. Juli 1923, stattfindenden Anti-Fazistentages vorzubeugen, und, wenn es sein muß, mit geschlossener Macht entgegen zu treten, sammelt sich die Ortsgruppe Güntheritz auf Befehl des Bezirksführers um 1 Uhr in Kattersnaundorf. Dort trifft sich der gesamte Teil des Westteils unsres Bezirks. Gegen Abend erfolgt voraussichtlich die Rückfahrt. Die Ortsgruppe trifft sich pünktlich 12 Uhr an der Buschkirche zwischen Schladitz und Lössen, die Abfahrt erfolgt pünktlich ½1 Uhr per Rad. Kameraden, die keine Räder haben, mögen sich deshalb für diesen Tag bei einem andern Kameraden am Ort ein Rad borgen. Wer einen Waffenschein besitzt, erscheint mit kleiner Waffe in der Tasche. Stöcke sind mitzubringen, Stahlhelme im Rucksack, Anzug feldgrau, sonst beliebig. Patrouillen zur Sicherung der hiesigen Gegend werden zurückgelassen und haben uns bei anziehender Gefahr von Leipzig her zu benachrichtigen. Das Erscheinen aller Kameraden ist Ehrensache. Frontheil!

Der Stahlhelm und Wehrwolf.

Was gedenkt der sozialdemokratische Landrat Raute zu unternehmen, um die Rüstungen der Faszisten zu verhindern? Wie nimmt die Stahlhelmleitung zu Waffenscheinen? Auch hierüber fordert die Arbeiterschaft Aufklärung. Sollte derselbe Landrat Raute, der einem Genossen der KPD. die Ausstellung eines Waffenscheins ablehnte, den Faszisten bei der Bewaffnung geholfen haben? Dann wäre es Zeit, daß auch Herr Raute von der Arbeiterschaft zum Teufel gejagt würde. Seine Worte in einer Eilenburger Versammlung über die Notwendigkeit proletarischer Hundertschaften wären dann eitle Phrasen.

Den Schlag, den die reaktionären Verbände am Sonntag durch den Millionen-Aufmarsch der Arbeiter erlitten haben, versuchen sie jetzt durch blutigen Terror auszugleichen. Sie glauben, durch das Niederschlagen einzelner Arbeiter die werdende Kampffront der Arbeiterschaft, die durch den Anti-Fazistentag mächtig gestärkt worden ist, wieder unwirksam zu machen. Ueberall mehren sich in unserem Bezirk die Ueberfälle des „Stahlhelms" auf einzelne oder kleinere Gruppen von Arbeitern. So in Teutschenthal, in Löbejün. In Rieftedt hat Polizei Jungdo-Leute, die eine Gruppe von Jugendgenossen überfielen und auf sie schossen, verhaftet. Die „Hallesche Zeitung" liigt diesen Ueberfall in einen Ueberfall der Arbeiter um und schwindelt, daß die Schupo Arbeiter als die Schuldigen verhaftet hätte. Daß hier einmal Jungdo-Leute verhaftet worden sind, ist allerdings ein seltener Fall. In Oberröblingen ist diesen Banditen ihr Angriff auf Arbeiter schlecht bekommen, mit blutigen Köpfen sind sie fortgejagt worden.

Daß der „Stahlhelm" durch den polizeilichen Schutz am Sonntag ermuntert worden ist und glaubt, sich in Halle alles herausnehmen zu können, das zeigt der Ueberfall auf den Verein „Leonid", der gestern im „Zhalia-Saal" ein Vergnügen abhielt. Als „Stahlhelm"-Leuten wegen ihres provozierenden Verhaltens der Eintritt in den Saal verweigert wurde, holten sie über 100 Mann Verstärkung, die über die Teilnehmer mit Gummiknüppeln und Dolchen herfielen. 5 Mann wurden durch Dolchstiche und Schläge schwer verletzt. Die hinzukommende Schupo verhaftete nicht etwa die angreifenden Rowdys, sondern die im Saale überfallenen Vereinsmitglieder. Schuld an diesem Ueberfall ist die hallische Polizeiverwaltung, die durch den Schutz der Faszisten und Knebelung der Arbeiterschaft diese Banditen erst zu solchen Vorgehen ermuntert und dann noch schützt.

„Wer den Sowjetstern trägt, der wird abgeschlachtet," riefen „Stahlhelmer" in Berlin beim Ueberfall auf einen Arbeiter. Wie in Halle, wie in unserem Bezirk, so gehen „Stahlhelm", „Wehrwolf", „Jungdo" im ganzen Reiche zu Angriffen auf einzelne Arbeiter und Arbeitergruppen über. Dadurch zeigen sie ihre Schwäche. Doch die Arbeiterschaft darf nicht untätig bleiben. Das Beispiel der Arbeiterschaft in Groß-Deuben zeigt den Weg. Wir haben genug mit ihnen disfutiert. **Gegen Revolver, Dolche, Totschläger hilft kein Distutieren. Da heißt es Auge um Auge, Zahn um Zahn, Blut um Blut.** Für jeden verprügelten oder verletzten Arbeiter werden die Arbeiter Rache nehmen. **Der „Stahlhelm" ist eine kontrerevolutionäre Organisation, ist ein Feind der Arbeiterklasse. Wer ihm angehört, stellt sich auf die Seite der Kontrerevolution und muß alle Folgen selbst tragen.**

Arbeiterblut ist in Halle und Rieftedt geflossen, vergossen vom „Stahlhelm" und „Jungdo"-Leuten, die schwer bewaffnet sind. Die Arbeiterschaft muß aus der Organisationsform des „Stahlhelms" die Lehren ziehen. Sie darf sich nicht in Militärspielereien ver- [illegible] gessen, aber sie muß [illegible] ern überfallenen Ar- [illegible] eines Arbeiter- [illegible] t sich, daß die Ar- [illegible] eit sich in Betriebs- [illegible] die Arbeiterschaft zu [illegible] zistenwoche nicht das [illegible], die mitteldeutsche [illegible] pfl". Die Arbeiters- [illegible] frage der Bewaff- [illegible] Die Cuno-Regierung [illegible] rung wird niemals [illegible] Kampf der gesamten [illegible] isationen zerschlagen [illegible] ierung wird die Ar- [illegible] en „Stahlhelm" muß [illegible] darnen aufs Auge [illegible] vorgeht, rücksichtslos [illegible] Kampf gegen die [illegible] t und beschützt.

[illegible] gen Jungdo

[illegible] g)

[illegible] Leipzig, 5. August.

[illegible] t sozialdemokratische [illegible] In Groß-Deuben [illegible] Ordens statt. Sie [illegible] überrascht und ent- [illegible] beschlagnahmt. Die [illegible] ung in Leipzig und

Streik der Berliner Metall-Angestellten

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 6. August.

Die Berliner Metall-Angestellten haben beschlossen, am Dienstag in den Streik zu treten. Schwerkriegsbeschädigte mit 50 Prozent und darüber dürfen in den Betrieben verbleiben. Für Lehrlinge besteht, da sie im Vertragsverhältnis stehen, auch die Streikpflicht. Die Unternehmer versuchen durch Zahlung von Vorschüssen den Streik zu spalten. Die Streikleitung hat Maßnahmen getroffen, die solche Methoden unwirksam machen.

Die Arbeitskämpfe in Sachsen

(Eigene Drahtmeldung)

Chemnitz, 4. August.

In Chemnitz demonstrierten 25 000 Metallarbeiter vor dem Gebäude, in dem die Lohnverhandlungen stattfanden. Nachmittags wurde ein Schiedsspruch gefällt, der 55 814 Mark Stundenlohn vorsieht.

Der Bergarbeiterkampf im Zwickauer und Oelsnitz-Leipauer Revier geht ungeschwächt weiter. Die Vollversammlung der streikenden Betriebsräte und Funktionäre, die heute in Hohenstein-Ernstthal zusammentrat, stellte heute folgende Forderungen auf: Eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe für Ledige von 4 Millionen, für Verheiratete ohne Kinder 4½ Millionen, für Verheiratete mit Kindern 5 Millionen. Die übrigen Bergarbeiterreviere wurden ersucht, sich der Forderung anzuschließen. Ferner beschloß die Konferenz, den Kampf weiter zu führen und nur gemeinsam zu beenden. Es wurde eine paritätisch zusammengesetzte Zentral-Streikleitung aller Reviere und aller Organisationen gebildet. Die Lohnerhöhung, die am 2. August angeboten wurde, wurde als ungenügend abgelehnt. Die Stimmung unter den Streikenden ist glänzend.

Schupo überfällt Arbeitersportler

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 6. August.

Auf dem Wege zum Stadion wurden ruhig ihres Weges marschierende Arbeitersportler von einem Massenaufgebot der Schupo mit aufgepflanzten Seitengewehren und entsicherten Revolvern angefallen. Durch das Beispiel eiserner Disziplin der Sportgenossen wurde das beabsichtigte Abschlachten der Arbeiter verhindert. Richter, der sozialdemokratische Polizeipräsident, erweist sich hier wiederum als „Aufklärer" seiner Parteigenossen. Denn unter den Sportlern befanden sich auch sehr viele sozialdemokratische Arbeiter.

Internationale Solidarität

(Eigene Drahtmeldung)

Düsseldorf, 3. August.

Dem Düsseldorfer Parteibureau sandte ein Genosse aus der französischen Besatzungsarmee 420 000 Mark für die „Rote Hilfe".

1 Dollar in Amerika 1111100 Mark

Große Koalition und Entente

Von Ernst Meyer

Der deutsche Spießer glaubt noch immer trotz aller Fußtritte, die Deutschland von allen Ländern der Entente versetzt werden, daß wenigstens die Bildung der deutschen Reichsregierung das Werk der politischen Parteien Deutschlands sei. Die deutschen Regierungen haben sich seit dem Waffenstillstand 1918 die stärksten Eingriffe in die innerdeutschen Verhältnisse durch die Entente gefallen lassen. Es sei nur erinnert an die Tatsache, daß das Kabinett Wirth auf Gebeiß der Entente bestimmte Steuern dem Reichstage vorschlug, der seinerseits diese von der Entente nach Höhe und Form vorgeschriebenen Steuersätze zum Beschluß erhob. Es ist selbstverständlich, daß die politischen Parteien Deutschlands, die in der Regierung vertreten waren oder vertreten sind, sich nicht nur einzelne politische Maßnahmen von den Ententeländern vorschreiben lassen, sondern daß sie schon bei der Bildung des Reichskabinetts von vornherein auf die mutmaßlichen oder offen geäußerten Wünsche der einflußreichsten Ententestaaten Rücksicht nehmen. Je nachdem die herrschenden Kapitalistenkreise im Augenblick eine Verständigung in erster Linie mit Frankreich oder mit England suchen, bemühen sie sich auch, die Wünsche des betreffenden Staates über die Regierungsbildung in Deutschland kennenzulernen und auszuführen. Durch diese freiwillige Unterwerfung der deutschen Regierungsparteien ist insbesondere England seit langer Zeit in der Lage, den entscheidenden Einfluß bei der Zusammensetzung der deutschen Reichskabinette auszuüben. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß die deutschen Kabinette nicht von dem Reichspräsidenten und den bürgerlichen Parteien, sondern von der englischen Regierung bzw. der herrschenden Kapitalistenclique Englands berufen werden.

Unsere Behauptung ist nicht eine bloße Kombination auf Grund der tatsächlichen Machtverhältnisse zwischen Deutschland und den Ententestaaten. Wir können dafür auch Belege aus der ausländischen Presse anführen. Im bürgerlichen „Quotidin" (Paris) vom 6. Juli d. J. teilte der französische Sozialdemokrat Grumbach bei der Besprechung der Reise von Otto Wels und Dr. Breitscheid nach London wörtlich folgendes mit:

„Der englische Gesandte in Berlin, Lord Abernon, der so lange Zeit für ein bürgerliches Kabinett ohne Beteiligung der Sozialdemokraten eingetreten ist, scheint gegenwärtig diese Teilnahme als notwendig zu betrachten. Die Liberalen und ein Teil der englischen Konservativen scheinen der gleichen Meinung zu sein."

Zur Bestätigung dieser Behauptung verweist Grumbach auf verschiedene Aeußerungen der englischen Presse, worin es heißt, daß „der gesunde englische Menschenverstand es niemals verstehen wird, wie es möglich ist, daß eine so starke Partei wie die deutsche Sozialdemokratie sich in einem so kritischen Moment so vollständig bei der Leitung der politischen Angelegenheiten selbst ausschaltet." Diese Kommentare besagen also nichts anderes, **als daß die englische Geschäftswelt, die englischen bürgerlichen Parteien und die englische Regierung die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung wünschen,** um die erregten Massen Deutschlands zu beruhigen.

Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß die Angriffe der bürgerlichen Presse gegen das Kabinett Cuno und die Forderung auf Erweiterung des Reichskabinetts durch die Sozialdemokraten zeitlich mit der Rückkehr des englischen Gesandten Lord Abernon nach Berlin zusammenfallen. Wenn es also jetzt zum Sturz oder zur Umbildung des Kabinetts Cuno durch die Große Koalition kommen sollte, so ist das unmittelbar auf die Wünsche englischer Geschäfts- und Regierungskreise zurückzuführen. Auch die Sozialdemokratie, deren Führung nach einem Artikel Hermann Müllers im „Vorwärts" erneut ihre Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Große Koalition von Stinnes bis Breitscheid erklären läßt, wird bei einem solchen Schritt nicht den Willen ihrer Mitgliedschaft oder gar der deutschen Arbeiterschaft, sondern den dieser englischen Kapitalistenkreise ausführen. Es wird nicht zur Bildung der Großen Koalition kommen, wenn diese Kapitalistenkreise aus irgend einem Grunde vorläufig noch an dem Kabinett Cuno festhalten und auf die geschätzte Mitarbeit der Sozialdemokraten zum Betrug der Massen verzichten sollten.

In der Tat scheint es so, als ob die herrschende Klasse Englands den augenblicklichen Zeitpunkt noch für verfrüht hält. Die englische Regierung trägt auf dem Rücken Deutschlands ihre imperialistischen Differenzen mit der französischen Regierung aus. Die französische Regierung, die bei der Erledigung der Ruhrfrage keineswegs dem englischen Druck ohne weiteres nachzugeben bereit ist, hat den englischen Wunsch auf Umbildung des Kabinetts Cuno sofort mit einem Gegenschlage pariert. Der „Temps", das Pariser Regierungsorgan, veröffentlichte in seiner Nummer vom 29. Juli einen auch in der deutschen Presse stark beachteten Artikel, in dem eine Intervention der Entente vorgeschlagen wird mit folgendem Programm:

„Die Gläubigerstaaten Deutschlands müßten in Berlin fühlen lassen, daß Deutschland in besserer Position sein würde, wenn seine gegenwärtige Regierung ersetzt würde durch ein Kabinett, in welchem alle der republikanischen Staatsverfassung treuen Parteien vertreten sein würden."

Frankreich schlägt also seinerseits den Sturz des Kabinetts Cuno und die Große Koalition mit Einschluß der Sozialdemokratie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230806-11/fragment/page=0007